SO!
Soziale Ordnung

Magazin für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

2. Ausgabe 2011

64. Jahrgang
ISSN 1432-9689

Landtagswahl in Sachsen-Anhalt
S. 13

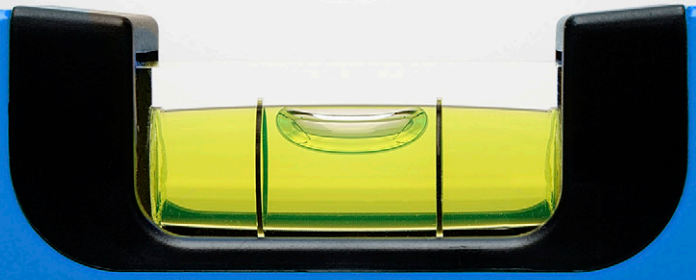
Landtagswahl in Rheinland-Pfalz
S. 14

Landtagswahl in Baden-Württemberg
S. 16

CDA-Verlagsgesellschaft mbH, Zinnowitzer Str. 1, 10115 Berlin - Postvertriebsstück G 6361 - Gebühr bezahlt

CDA
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
ARBEITNEHMERSCHAFT DEUTSCHLANDS
CDU-SOZIALAUSSCHÜSSE

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit



equal pay day ,-

EQUAL PAY DAY

25. März 2011

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„endlich“ will man fast sagen. Endlich ist der Weg frei für einen Mindestlohn in der Zeitarbeit. Damit kann eine erste Korrektur von rot-grünen Fehlentscheidungen vorgenommen werden. Noch im Bundestagswahlkampf wollte aber auch die CDU von einer Regelung der Zeitarbeit nichts wissen. Gegen große Widerstände hat die CDA auf dem CDU-Parteitag im vergangenen November in Karlsruhe einen entsprechenden Antrag für die Aufnahme der Zeitarbeitsbranche ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz durchgesetzt. Ich erinnere nur daran, dass die MIT einen Antrag eingebracht hatte, der genau das Gegenteil von unserem Antrag forderte. Letztlich fand unsere Position sogar Eingang in die Mainzer Erklärung der CDU. Das war vergleichbar mit dem Bohren dicker Bretter. Im Zuge der Verhandlungen über die Hartz-IV-Regelsätze konnte man sich nun auf einen Mindestlohn für die Leih- und Zeitarbeitsbranche verständigen, der auch in verleihfreien Zeiten gelten soll. Dass es jetzt zu einer ersten Regulierung in der Zeitarbeitsbranche kommt, ist einer der größten Erfolge der CDA in den letzen Monaten. Die CDU Sozialausschüsse bedauern dennoch, dass keine Regelung hinsichtlich des Equal-Pay-Grundsatzes nach einer möglichst kurzen Einarbeitungszeit gefunden wurde. Dies ist letztlich an der SPD gescheitert, die mit verschwommenen Prioritäten in die Verhandlungen gegangen ist. Sogar mit unserem Koalitionspartner wäre ein Einstieg möglich gewesen.

Jetzt muss dieser Weg aber konsequent weiter gegangen werden: Mit einem Mindestlohn in der Zeitarbeitsbranche gibt es erstmals einen branchenübergreifenden Mindestlohn. Und damit ist die Auseinandersetzung über eine allgemeine Lohnuntergrenze zu einem Streit um Kaisers Bart geworden. Deshalb fordert die CDA Deutschlands in ihrem Leitantrag „sozial.gerecht. Arbeit in Würde – Alter in Würde“ die Einführung eines allgemeinen Mindestlohns auf der Höhe des für die Zeitarbeit vereinbarten Mindestlohns. Ein solcher Mindestlohn soll in denjenigen Bereichen „Hungerlöhne“ und Lohndumping verhindern, in denen über branchenspezifische Lösungen keine Regelung herbeigeführt werden kann. Für Zweifler kann dies eine Brücke sein, für die Kritiker einer allgemeinen Lohnuntergrenze wird es jetzt jedoch schwierig, überzeugende Argumente dagegen ins Feld zu führen.

Es bleibt eindeutig beim Vorrang der Tarifautonomie und der Möglichkeit, tarifliche Mindestlöhne über Allgemeinverbindlicherklärungen auch auf solche Unternehmen einer Branche auszudehnen, die nicht Mitglied im Arbeitgeberverband sind. Es muss das Ziel der Lohnfindung sein, einen gerechten, angemessenen, ein der Würde der Arbeit entsprechenden Lohn zu finden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedürfen eines gerechten Lohnes für ihren Lebensunterhalt. In der Höhe des Lohnes kommt auch die Anerkennung und Wertschätzung für die geleistete Arbeit zum Ausdruck. Die entscheidende Frage ist dabei aber, wie der Lohn festgesetzt wird.

Der Leitantrag greift aber noch weitere Themen auf. Die CDA setzt sich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Pflege und Beruf ein, fordert die gesellschaftliche Teilhabe durch Chancen auf Bildung, Ausbildung und Weiterbildung sowie die Teilhabe älterer Menschen mit alters- und alternsgerechten Arbeitsplätzen am Erwerbsleben.

Um politisch erfolgreich zu sein und unsere Ideen zu verwirklichen, brauchen wir als CDA aber auch eine breite Schar an Mitstreitern. Deshalb rufe ich jedes Mitglied der CDU-Sozialausschüsse dazu auf, in diesem Jahr mindestens ein neues Mitglied zu werben. Machen Sie mit und werben Sie!

Karl-Josef Laumann
CDA-Bundesvorsitzender

PRISMA

Bürgerschaftswahl in Hamburg
Sechs CDA-Kollegen in der neuen Hamburger Bürgerschaft S. 6

Ankündigung
Fachtagung der Jungen CDA „Zukunft der Union als Volkspartei“ S. 6

Aktion „Schule statt Steinbruch“
CDA Rheingau-Taunus sammelt die ersten 350 Euro für Indien S. 7

Studie
Mindestlöhne gefährden nicht unbedingt Arbeitsplätze S. 7

TITEL

Landtagswahlen
Sachsen-Anhalt S. 13

Rheinland-Pfalz S. 14

Baden-Württemberg S. 16

POLITIK

Weiterentwicklung der Pflegeversicherung
Entschließung des CDA-Bundesvorstands S. 8

Europäische Privatgesellschaft
Mitbestimmungsstandards müssen bewahrt werden S. 18

Fortschritt und Nachhaltigkeit auf dem Arbeitsmarkt
Bewährtes erhalten – Überflüssiges abschaffen S. 19

Betriebliche Altersvorsorge
muss sich auch beim Arbeitgeberwechsel lohnen S. 21

IMPRESSUM

Herausgeber
CDA Deutschlands
Zinnowitzer Str.1
10115 Berlin

Redaktion:
Dr. Markus Gloe (V.i.S.d.P.)
Telefon: 030/922511-194
Telefax: 030/922511-2194
E-Mail: mgloe@cda-verlag.de

Gestaltung
iconate Gesellschaft für Kommunikation und Medien mbH

Anzeigen
Telefon: 030/92 25 11-195
E-Mail: anzeigen@soziale-ordnung.de
Website: www.soziale-ordnung.de

Titel
iconate Gesellschaft für Kommunikation und Medien mbH

Die Ausgaben erscheinen in unregelmäßigen Abständen sechsmal im Jahr.
Namensartikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Preis
Abonnement: 25,60 €, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Derzeit gültige Anzeigen-Preisliste vom 1. Januar 2010.

Druck
Heider Druck GmbH, Bergisch Gladbach

INTERVIEW

CDA kann Politik gestalten
Interview mit Dr. Ralf Brauksiepe MdB S. 10

Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“
Interview mit Dr. Matthias Zimmer MdB S. 22

CDA INTERN

20 Jahre CDA Thüringen
Gustav Bergemann mit Goldener Ehrennadel ausgezeichnet S. 24

110 Jahre in der CDA Hamm
Ehrung für Hermann Kampmann und Wilhelm Johannfunke S. 25

Besuch im Jobcenter
Erfolge bei der Integration in den Arbeitsmarkt S. 29

WieSO!? – Der persönliche Fragebogen
Heute: Josef Hamburger S.31

Mitgliederservice
Telefon: 030/92 25 11-120
Telefax: 030/92 25 11-2110
E-Mail: mitgliederservice@cda-bund.de

Verlag
CDA-Verlagsgesellschaft mbH, Berlin

Geschäftsführer
Dr. Markus Gloe

Fotos
IStockphoto; privat.

SO! vor 50 Jahren

Im Mittelpunkt der März-Ausgabe der Sozialen Ordnung aus dem Jahr 1961 steht der Rückblick auf die 9. Bundestagung der CDU-Sozialausschüsse. Sie stand unter dem Motto „Christlich-Sozial, unsere Zukunft“. Mit den Worten „Die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft muss durch die Sozialausschüsse ein starkes Organ haben“, unterstrich Bundeskanzler Konrad Adenauer in seinem abgedruckten Grußwort, „welche Bedeutung starke Sozialausschüsse für die geistige Substanz, das politische Profil und die kontinuierliche Regierungsfähigkeit der Union hatten und haben“.

Und der damalige Bundesvorsitzende Johannes Albers rief in seiner Grundsatzrede mit Blick auf die politischen Gegner den Teilnehmern der Bundestagung zu: „Lasst euch nicht irreführen! Alle die Versprechungen, die euch heute gemacht werden, mögen sie von den Liberalen oder den Sozialisten kommen, werden eure Lebensverhältnisse nicht um ein Jota verbessern, wenn nicht die Grundlage aller demokratischen und betrieblichen Arbeit gesichert ist: die Freiheit.“ Die Ausgabe der Sozialen Ordnung listet außerdem die Beschlüsse in den Bereichen Eigentumspolitik, Bau- und Bodenpolitik, Sozialpolitik und Arbeitsrecht, Familienpolitik, Steuerpolitik sowie in der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik auf. Weiterhin wird die Zusammensetzung des damaligen Hauptvorstands aufgelistet.

AXEL KNOERIG,
MITGLIED DER ARBEITNEHMER-GRUPPE, EMPFIEHLT:

„HerzSchlag: Mein Engagement für Menschlichkeit“

von Rupert Voß

Als Initiator der „Work and Box Company“ hilft Rupert Voß gewaltbereiten Teenagern, ihr Leben wieder in die richtigen Bahnen zu lenken. Für sein erfolgreiches Engagement ist der Unternehmer und Sozialtherapeut vielfach ausgezeichnet worden. Wie es dazu kam, dass ein Schreinermeister mithilfe des Boxsports benachteiligten Jugendlichen die Chance auf ein besseres Leben verschafft, wird in dem autobiografischen Ratgeber „HerzSchlag“ geschildert.

Sehr beeindruckt hat mich dabei, wie Voß sich – trotz zahlreicher persönlicher Schicksalsschläge – als selbstständiger Handwerker hochgearbeitet hat und wie er heute als erfolgreicher mittelständischer Unternehmer vielen Menschen Arbeit gibt. Sein persönlicher Konflikt, gleichzeitig berufliches und soziales Engagement sowie die Familie unter einen Hut zu bringen, ist bewegend und authentisch beschrieben.

Basierend auf seinen Einsichten gibt Voß dem Leser Ratschläge für den eigenen Lebensweg. Zugleich ist das Buch ein Aufruf zu mehr Menschlichkeit in unserer Gesellschaft: „Wir alle können weit mehr als wir glauben. Wir müssen uns nur dafür entscheiden.“ ■

288 Seiten, Kösel Verlag, ISBN: 978-3466308422, 17,95 €

ANKÜNDIGUNG

16. April 2011: Fachtagung der Jungen CDA: „Zukunft der Union als Volkspartei“

Die Diskussion um die Zukunft der Union als Volkspartei bekommt durch Wahlergebnisse, die nahezu flächendeckend unter 40% liegen, und einen kontinuierlichen Mitgliederschwund ständig neue Nahrung. Um einen Beitrag zu dieser Diskussion zu leisten, der qualitativ über den üblichen Aussagen

BÜRGERSCHAFTSWAHL IN HAMBURG

Sechs CDA-Kollegen sind in der neuen Hamburger Bürgerschaft

Die CDA-Kollegen Klaus-Peter Hesse, Olaf Ohlsen und Frank-Thorsten Schira ziehen erneut in die Hamburger Bürgerschaft ein. Neu werden Dennis Thering, der ehemalige Senator Heino Vahldieck sowie der ehemalige Senator Dietrich Wersich in der Bürgerschaft sitzen.

Aufgrund des schlechten Abschneidens der CDU bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg schafften es der CDA-Landesvorsitzende Egbert von Frankenberg, Wolfgang Beuß, Marino Freistedt, Jörn Frommann, Karen Koop, Harald Krüger, Brigitta Martens, Wolfhard Ploog und Elke Thomas nicht mehr, in die Bürgerschaft einzuziehen. ■

wie „Wir brauchen bessere Plakate“ und „Die jungen Leute interessieren sich nicht für Politik“ liegt, veranstaltet die Junge CDA am 16.04.2011 ganztägig im AZK in Königswinter eine Fachtagung zu diesem Thema. Mit Politikern, Wissenschaftlern und Beratern wollen wir diskutieren und nach Lösungen suchen, wie wir die Union inhaltlich und strukturell fit machen können für die Zukunft! Wir wollen dort diskutieren und nicht monologisieren - daher ist die Teilnahme und Meinung aller Jungen CDAler gefragt! Haltet Euch den Termin frei. Weitere Informationen folgen. ■

STUDIE

Mindestlöhne gefährden nicht unbedingt Arbeitsplätze

Eine neue Studie des Arbeitsmarkt-Forschungszentrums der US-Eliteuniversität Berkeley kommt zu dem Ergebnis, dass höhere Mindestlöhne über einen Zeitraum von 16 Jahren zwischen 1990 und 2006 nicht zur Vernichtung von Jobs geführt haben. Im Jahr 1938 wurde in den USA ein landesweiter Mindestlohn eingeführt. Er liegt derzeit bei 7,25 Dollar pro Stunde. Allerdings schreiben 32 Bundesstaaten höhere Mindestlöhne von bis zu 8,55 Dollar vor. ■

Die Studie kann in englischer Sprache hier heruntergeladen werden: › redir.ec/studie-berkeley

CDA-AKTION „SCHULE STATT STEINBRUCH“

CDA Rheingau-Taunus sammelt die ersten 350€ für Indien

Mitglieder der CDA Rheingau-Taunus sammeln für ein Schulprojekt in Indien

Im Rahmen der CDA-Kampagne „Schule statt Steinbruch“ hat die CDA Rheingau-Taunus zusammen mit ihrer ersten Kreisbeigeordneten und Landratskandidatin Jutta Nothacker auf dem CDU-Kreisparteitag 350 € zu Gunsten der Kinder in Indien für ein Schulprojekt gesammelt. An der Sammelatkion hatten sich ihr Stellvertreter Thomas Kopp, Michael Jung (Beisitzer) und Hajo Pirschle beteiligt. Man sei sehr froh, die Mitglieder erreicht zu haben, so Hajo Pirschle. In seiner kurzen Rede ging er auf die Chancen des Projektes ein und darauf, dass die CDA zwar nicht die Welt verändern, aber vielleicht etwas bewegen kann. Die CDA Rheingau-Taunus will weitere Sammelaktionen für das indische Schulprojekt durchführen. Die CDA Deutschlands unterstützt eine Schule bei Kota (Bhilwara) im indischen Bundesstaat Rajasthan – eine Schule, in der der CDA-Bundesvorsitzende Laumann im Rahmen seines Trips durch den Subkontinent auch zu Gast war. Die Schule wird von der indischen Organisation NEG Fire und von Misereor getragen. Die CDU-Sozialausschüsse wollen nun für drei Jahre durch Spenden die Finanzierung garantieren. Engagieren auch Sie sich. ■

Ziel ist es die Schule in Indien mit 7.500,- € zu unterstützen. Mit 350,- € ist der Anfang gemacht!

Mehr Infos unter:
› www.cda-gegen-kinderarbeit.de

Zu „ Altern in Würde: Altersarmut vermeiden!“ von Markus Gloe, Soziale Ordnung 1-2011, S. 12/13

Wer Altersarmut nachhaltig bekämpfen will, muss Familien fördern. Denn das Hauptproblem unseres Rentensystems ist die demografische Entwicklung. Kinder haben bedeutet, höhere Kosten zu tragen und teilweise oder ganz auf ein zweites Einkommen zu verzichten. Deshalb müssen wir die finanziellen Benachteiligungen der Familien aufheben. Sonst ist massenhafte Altersarmut nur eine Frage der Zeit.

Jan Woestmann, Essen

Zu „Darf die Geburt eines Kindes an Bedingungen geknüpft werden?“ von Peter Weiß, Soziale Ordnung! 1-2011, S. 20/21

Ich begrüße, dass Sie eine so klare Position einnehmen, und möchte Sie unterstützen. […] Wenn wir beigehen, die Zeugung des Menschen willkürlich zu manipulieren, unterminieren wir im Bewusstsein der Allgemeinheit die Würde des Menschen – der Mensch wird zum Machwerk des Menschen… Es muss immer wieder betont werden, dass die befruchtete Eizelle nicht „werdendes Leben“ ist, sondern Mensch im vollen Sinne. […] Wenn wir beginnen, Ausnahmen zuzulassen, nämlich die Tötung ungeborener Kinder wegen angeblich festgestellter Defekte straffrei zu stellen, kommt das einem Dammbruch gleich – wie lange wird es dauern, bis sich auch die Straffreiheit der Tötung geborener Kinder, die als lebensunwert eingestuft wurden, durchsetzt? Wehe, wenn wir anfangen zu definieren, wer Mensch und wer Mensch im vollen Sinne ist! Mehr als in anderer Beziehung muss hierbei gelten: „Eine Zensur findet nicht statt!“ Darum darf man sich auch nicht beteiligen an der Verharmlosung der Ungeheuerlichkeit, ungeborene „defekte“ (Wer ist denn perfekt?) Menschenkinder – sogar bis kurz vor der Geburt – vom Grundrecht auf Leben und Unversehrtheit auszunehmen!

Arnold Harfst, Delmenhorst

Die Grundhaltung von Herrn Peter Weiß finde ich ganz hervorragend. Er bezieht ohne „Wenn“ und „Aber“ ganz klar Stellung. Das scheint mir für eine auch christlich orientierte Gruppe in der heutigen Zeit der Beliebigkeit sehr wichtig. Ich stimme ihm 100%ig zu. Für mich ist die PID eine „moderne“ Form der Euthanasie, liegt auf der Ebene der aktiven Sterbehilfe und passt nicht in das christliche Weltbild. Es ist bedenklich, dass in der heutigen Zeit immer wieder moralische und ethische Grundwerte infrage gestellt werden. Besonders beschämend und arrogant finde ich die im Bundestag auch zur Abstimmung stehende Variante eines grundsätzlichen Verbots, es sei denn, es ist eine maximale Lebenserwartung von einem Jahr zu erwarten“. Warum eine Lebenserwartung als Kriterium über Leben und Tod? Wer soll eine solche Entscheidung denn verantworten?

Walfried Kaiser, Mainhausen

Zum Thema “gerechte Lohnfindung”

Wenn die CDA die Zeichen und Nöte der Zeit erkennt, muss sie sich politisch mehr um die Löhne kümmern. Der gerechte Lohn war immer zentrales Thema der christlichen Soziallehre. Und es gibt seit Jahren keine größere soziale Fehlentwicklung als bei den Löhnen. […] Es gibt seit Jahren so gut wie keinen „Reformschritt“, der die Unternehmen nicht bei den Löhnen oder den so genannten Lohnnebenkosten entlastet hätte. Deutschland als produktivstes Land Europas liegt bei der Lohnentwicklung inzwischen im unteren Drittel. Dabei könnten wir mit den Produktionsgewinnen auch die demografischen Probleme in der Alterssicherung lösen. Dann müssten diese Gewinne aber auch gleichmäßig auf Kapital und Arbeit verteilt werden. […]

Dass die Lohnentwicklung Schicksalsfrage für unsere beitragsfinanzierte Sozialversicherung ist, braucht nicht extra betont zu werden. Das Hauptproblem bei der Finanzierung unseres Gesundheitswesens zum Beispiel sind nicht die ungenutzten Wirtschaftlichkeitsreserven, sondern die wegbrechende Einnahmebasis bei den Löhnen. Die Konsequenz dieser Entwicklung müsste eine immer stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherheit sein, aber das bedeutet mehr Staat und weniger Selbstverwaltung. Wer will das eigentlich? Und nicht nur die Lohnbasis für die Sozialversicherung bricht weg, auch die paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird mit jedem „Reformschritt“ angeknabbert. Am ärgerlichsten an diesem Prozess ist die prinzipielle Aufgabe der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung durch das Einfrieren des Arbeitgeber-Beitragssatzes. Damit wird auch die traditions- und erfolgreiche Selbstverwaltung in der gesetzlichen Krankenversicherung ad absurdum geführt.

Was können die Versicherten-Vertreter in der Selbstverwaltung noch von einem „Partner“ erwarten, der von der Kostenentwicklung nicht mehr betroffen ist. Man kann in unser Sozialsystem hinschauen, wo man will, immer stößt man auf die Lohnfrage. Deshalb muss sie zum zentralen Thema der CDA werden. Von der Makroökonomie will ich hier noch gar nicht sprechen. Aber unsere Exportstärke wird wahrscheinlich zunehmend zum Problem und die Stärkung der Binnennachfrage damit zum wirtschaftspolitischen Angelpunkt. Womit wir wieder bei den Löhnen wären.

Ludger Reuber, Bergisch Gladbach

Pflegeversicherung für weitere Herausforderungen stärken

Bundesvorstand verabschiedet Entschließung zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung

In seiner Sitzung am 18. und 19. Februar hat sich der Bundesvorstand der CDA Deutschlands auch intensiv mit der Weiterentwicklung der Pflegeversicherung beschäftigt und eine Entschließung mit dem Titel „Pflegeversicherung für weitere Herausforderungen stärken“ verabschiedet. Der demografische Wandel ist unübersehbar. Die CDU-Sozialausschüsse sind überzeugt, dass sich unsere Gesellschaft daher intensiver mit der Pflege auseinandersetzen muss. Die Bedeutung, die Notwendigkeit und der Wert der Pflege für die Gesellschaft werden oftmals unterschätzt. Früher oder später berührt Pflege einen großen Teil unserer Bevölkerung. Daher ist eine stärkere gesellschaftliche Befassung mit dem Thema dringend notwendig.

Die Entschließung zählt 17 Kernelemente auf, die nach Auffassung des CDA-Bundesvorstands bei der Weiterentwicklung berücksichtigt werden müssen. Sie reichen von der Weiterentwicklung des Pflegebedüftigkeitsbegriffs über die Fortschreibung der Dynamisierung der Leistungsentgelte, die bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, die Finanzierung von neuen Wohnformen, den Vorrang des Grundsatzes „Reha vor Pflege“ bis hin zur Neuordnung der Ausbildung.

Die CDA sagt aber auch deutlich, dass ohne eine Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitrages die geforderten Leistungserweiterungen nicht realisierbar sind. Der Gesellschaft muss bewusst sein, dass gute Pflege nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Außerdem werden durch den demografischen Wandel Mehrbelastungen auftreten. Ab ca. 2027, wenn die geburtenstarken Jahrgänge von 1949 bis 1969 ein entsprechendes Alter erreicht haben, werden für einen Zeitraum von rund 20 Jahren enorme Steigerungen der Fallzahlen in der Pflegeversicherung anstehen. Die dürften deutlich höhere Ausgaben verursachen. Bei gleichen Leistungen ist damit bei höheren Fallzahlen mit einer Ausgabensteigerung von 50 bis 60 Prozent zu rechnen.

Die Finanzierung der Pflegeversicherung muss daher nachhaltig gestaltet und die dafür erforderliche Beitragserhöhung vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang spricht sich die CDA dafür aus, auch eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze ins Auge zu fassen. Außerdem muss jetzt mit dem Ansparen einer Demografiereserve begonnen werden. Zum Aufbau einer solchen Demografiereserve soll eine zusätzliche Beitragserhöhung vorgenommen werden, die paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu finanzieren ist. Für Rentnerinnen und Rentner soll es zumindest eine teilweise Berücksichtigung dieser zusätzlichen Lasten bei der nächsten Rentenerhöhung geben. Die

CDA setzt sich dafür ein, dass auch die Arbeitgeber ihren Beitrag zur Finanzierung der Pflegeversicherung leisten. „Wer gute und verlässliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einfordert, muss auch für eine angemessene Versorgung der Menschen im Falle der Pflegebedürftigkeit einstehen. Dies muss bei der Lastenverteilung berücksichtigt werden“, heißt es hierzu in der Entschließung.

Neben der Weiterentwicklung der Pflegeversicherung hat der Bundesvorstand in seiner Sitzung ebenfalls Entschließungen zum Mindestlohn und Equal-Pay-Grundsatz in der Zeitarbeitsbranche, der europäischen Privatgesellschaft sowie der Reglementierung von Spekulationen mit Nahrungsmitteln gefasst. ■

Download der Entschließungen des CDA-Bundesvorstands vom 18./19. Februar unter
› www.cda-bund.de

CDA kann Politik gestalten

Nach Abschluss des Hartz IV-Vermittlungsverfahrens sprach die SO! mit Dr. Ralf Brauksiepe u. a. über dieses Thema

Dr. Ralf Brauksiepe MdB
Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, CDA-Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Bundesvorsitzender der CDA Deutschlands

Als Parlamentarischer Staatssekretär warst Du dicht an den Verhandlungen im Vermittlungsverfahren dabei. Wie bewertest Du als Christlich-Sozialer das erzielte Ergebnis?

Unter dem Strich können wir sehr zufrieden sein. Die christlich-liberale Koalition hat die Einführung eines Bildungs- und Teilhabepaketes beschlossen, das vielen bedürftigen Kindern neue Teilhabechancen bietet, die unter den von Rot-Grün eingeführten und vom Bundesverfassungsgericht aus guten Gründen als verfassungswidrig eingestuften Regelungen nicht bestanden haben. Und dass wir uns zudem gemeinsam mit der SPD im Vermittlungsverfahren auf Lohnuntergrenzen in der Zeitarbeit, der Weiterbildung und im Wach- und Sicherheitsgewerbe verständigen konnten und wir damit die Grundlage für faire Löhne auch in diesen Branchen gelegt haben, ist ebenfalls ein sehr gutes Ergebnis für uns Christlich-Soziale.

Stichwort Zeitarbeit: Die CDU hat auf ihrem letzten Bundesparteitag einen von der CDA eingebrachten Antrag zur Einführung einer Lohnuntergrenze beschlossen. Siehst Du hier einen Zusammenhang?

Ja. Ich bin sicher: Ohne diesen Antrag der CDA und ohne den Bundesparteitagsbeschluss sähe das Vermittlungsergebnis anders aus. Die CDA hat an dieser Stelle sehr erfolgreiche Arbeit geleistet. Wir können Politik mitgestalten.

Seit Herbst 2005 sind CDU und CSU im Bund in der Regierungsverantwortung. Seit dieser Zeit bist Du in führenden Funktionen tätig, erst als sozialpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, nun als Parlamentarischer Staatssekretär. Trägt die Politik der Regierungen unter Angela Merkel eine christlich-soziale Handschrift?

Auf jeden Fall. In den vergangenen Jahren hat sich vieles zum Positiven in diesem Land verändert, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Als Angela Merkel Kanzlerin wurde, hatten wir über 5 Mio. Arbeitslose. Jetzt sind wir trotz der größten Wirtschafts- und Finanzkrise in der Nachkriegsgeschichte unseres Landes bei ca. 3 Mio.; das Ausland, in dem die Entwicklung in aller Regel nicht so positiv verlaufen ist, spricht sogar anerkennend von einem Jobwunder.

Würdest auch Du das als Wunder bezeichnen?

Nein. Im Gegensatz zu Wundern ist die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt das Ergebnis menschlichen Handelns und hat viel mit Tarifautonomie zu tun. Sicherlich hat die Politik Angebote in der Krise gemacht und viel Geld in

die Hand genommen. Aber ohne starke Gewerkschaften, die ihren Mitgliedern erläutern mussten, dass es in der Krise notwendig ist, Opfer zu bringen, wären diese Angebote ins Leere gelaufen. Wenn es also noch eines Beweises bedurft hätte, dass unser Verständnis von Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft der richtige Weg ist, dann hat ihn die Krise erbracht.

Die CDA steht wie keine andere Strömung innerhalb der Parteienlandschaft für diesen Kurs. Insofern können wir den Erfolg bei der Krisenbekämpfung auch ein Stück weit für uns verbuchen.

Kannst Du das konkretisieren?

Kurz nach Beginn der Krise hat die Große Koalition die Verbesserungen der Regelungen für die Inanspruchnahme von Kurzarbeit auf den Weg gebracht. Nach der Bundestagswahl 2009 stand die christlich-liberale Koalition während des sich bereits abzeichnenden Aufschwungs vor der Frage, ob die Regelungen verlängert werden sollen. Es war nicht einfach, die FDP davon zu überzeugen, dass Unternehmen, Arbeitnehmer und auch unsere Gesellschaft insgesamt das Instrument nach wie vor benötigen, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Am Ende ist uns dies gelungen. Wir, die Christlich-Sozialen, haben daran einen beträchtlichen Anteil.

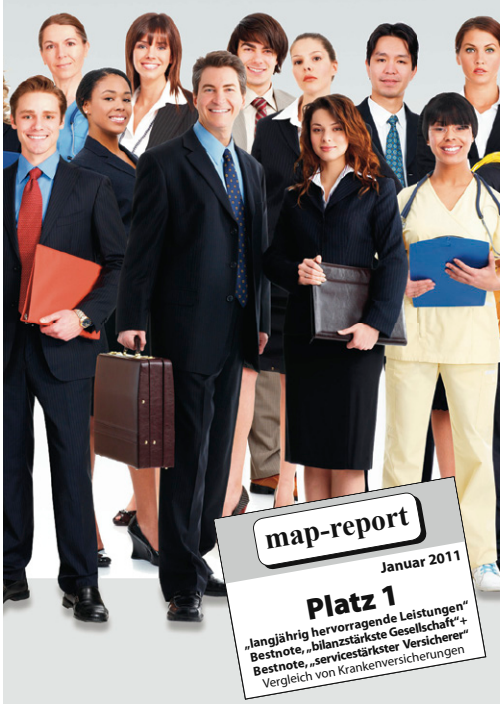
Ein Bereich, in dem sich in den vergangenen Jahren viel bewegt hat, ist das Thema Mindestlohn. Wie beurteilst Du die Entwicklungen?

Was sich in diesem Bereich getan hat, ist auch vor dem Hintergrund der innerparteilichen Debatte in der CDU sehr bemerkenswert. In der Großen Koalition haben wir insgesamt 8 Branchen neu in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen und so die Voraussetzungen für allgemein verbindliche Lohnuntergrenzen geschaffen. Zum Vergleich: Rot-Grün hat während der gesamten Regierungszeit Schröders nicht eine einzige Branche in das Gesetz aufgenommen. Und diese Politik setzen wir auch in der christlich-liberalen Koalition fort. Dass wir im Sommer 2010 die entsprechende Verordnung für den Pflegebereich auf den Weg gebracht haben, wäre ohne das Engagement von CDA und Arbeitnehmergruppe nicht möglich gewesen. Faire Löhne für Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf der Grundlage von Vereinbarungen der Sozialpartner – dies können und sollten wir auch offensiv als unseren Erfolg verbuchen. Dann werden auch wieder mehr Menschen in der CDU und auch in den Gewerkschaften den Weg zu uns finden.

Etwa ein Drittel der Legislaturperiode ist vorüber. Wo siehst Du zukünftig die größten Herausforderungen für die CDA?

Ein wichtiges Thema für uns ist sicherlich die Pflegereform. Die ▸

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.
Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung



Eine große Gemeinschaft bietet Schutz

Sie suchen eine optimale Vorsorge für den Krankheitsfall? Kostengünstig, leistungsstark, individuell, zuverlässig?

Dann werden auch Sie Mitglied bei Deutschlands größtem privaten Krankenversicherer. Mehr als 2,1 Millionen Vollversicherte profitieren bereits von den hervorragenden Leistungen der Debeka.

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18
56058 Koblenz
Telefon (02 61) 4 98 - 0
www.debeka.de

Debeka
anders als andere

Einführung des Pflegemindestlohnes ist in diesem Zusammenhang bereits ein erster wichtiger Schritt. Als Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik will ich gemeinsam mit anderen Mitstreitern von CDA und Arbeitnehmergruppe einen Beitrag dafür leisten, die Rahmenbedingungen für die zu Pflegenden und die Pflegerinnen und Pfleger zu verbessern. Dies wird nicht einfach. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir am Ende auch bei dieser notwendigen Reform christlich-soziale Grundsätze verwirklichen können. Darüber hinaus wird die Regierungskommission zur Vermeidung von Altersarmut bald ihre Arbeit aufnehmen. Auch dafür haben sich die CDA und ihre Vertreter, die in Regierungen und Parlamenten Verantwortung tragen, erfolgreich eingesetzt. Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, bleibt selbstverständlich eine Daueraufgabe.

Es ergibt sich aus dem christlichen Menschenbild, dass wir niemanden aufgeben; alle werden gebraucht. Vieles ist schon erreicht: In den vergangenen Jahren wurden Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, für Millionen bedürftiger Kinder haben wir jetzt die Voraussetzungen für mehr Bildung und Teilhabe geschaffen und für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnten wir über unsere Mindestlohnpolitik tariflich vereinbarte faire Löhne durchsetzen.

Nach all diesen guten Erfahrungen bin ich zuversichtlich, dass Politik in diesem Land auch in Zukunft über eine christlich-soziale Prägung verfügt. ■

Wesentliche Ergebnisse des Vermittlungsverfahrens auf einen Blick:

- Einführung eines Bildungs- und Teilhabepaketes für bedürftige Kinder mit den Komponenten
- Eintägige Schul- bzw. Kitaausflüge,
- mehrtägige Klassenfahrten,
- Schulbedarf i.H.v. 70 Euro zum 1. August und 30 Euro zum 1. Februar,
- Schülerbeförderung,
- schulnahe Lernförderung,
- gemeinschaftliches Schulmittagessen und
- ein monatliches Teilhabepaket im Wert von 10 Euro für soziale Teilhabe.
- Übertragung der Trägerschaft des Bildungs- und Teilhabepaketes auf die Kommunen, denen die tatsächlichen Gesamtkosten dafür über die Beteiligungsquote des Bundes an den „Kosten der Unterkunft“ erstattet werden.
- Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auf Dauer durch den Bund (Nettoentlastung der Kommunen für den Zeitraum 2012-2015: ca. 12 Mrd. Euro).
- Verfassungsgemäße Berechnung des Regelsatzes mit einer Erhöhung um 5 Euro, rückwirkend zum 1.1.2011 und um weitere 3 Euro zum 1.1.2012.
- Einführung einer Lohnuntergrenze in der Zeitarbeitsbranche im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, die für Entleihzeiten und für verleihfreie Zeiten verbindlich ist.
- Bekenntnis zur bereits jetzt rechtlich verbindlichen Equal-Pay-Regelung in der Zeitarbeit, wobei die Tarifpartner aufgefordert sind festzulegen, nach wie viel Monaten der Beschäftigung diese gilt; sollten sich die Tarifpartner nicht darauf verständigen können, wird eine von der Bundesregierung eingesetzte Kommission diese Frist festlegen.
- Einführung von branchenspezifischen Mindestlöhnen in der Weiterbildungsbranche sowie im Wach- und Sicherheitsgewerbe nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz.

Peter Rotter ist neuer CDA-Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt

v.l.n.r.: Rainer Haseloff MdL (Spitzenkandidat der CDU Sachsen-Anhalt), Peter Rotter MdL, Karl-Josef Laumann MdL, Uwe Bruchmüller, Jürgern Scharf MdL, Wigbert Schwenke MdL

Der Landtagsabgeordnete Peter Rotter (CDU) ist am Montagabend auf der CDA Landestagung im Salzlandcenter Staßfurt einstimmig zum neuen Landesvorsitzenden der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft in Sachsen-Anhalt gewählt worden. Der 55-jährige Atzendorfer war ohne einen Gegenkandidaten angetreten.

Der Oberbürgermeister der Stadt Staßfurt Rene Zok (parteilos) stellte in seinem Grußwort an die Versammlung erfreut fest, dass diese wichtige Zusammenkunft der CDU-Sozialausschüsse des Landes in Staßfurt durchgeführt wurde.

Die Stadt Staßfurt sei von ihrer Lage her geradezu prädestiniert dazu, da sie im Herzen von Sachsen-Anhalt liege. „Aber nicht nur die Lage bietet sich hervorragend an für eine Arbeitnehmerkonferenz“, meinte Zok.

„Die derzeit rund 30000 Einwohner zählende Stadt Staßfurt, die sich auf einer Fläche von 14656 Hektar erstreckt und 14 Ortsteile zählt, ist dazu auch als jahrhundertealter Industriestandort wie geschaffen.“

Peter Rotter, der den nach Baden-Württemberg wechselnden Uwe Bruchmüller als Vorsitzenden ablöst, sagte nach der Wahl zu seinen Zielen für die anstehende Zeit: „Ich will die CDA in Sachsen-Anhalt zu einer Kraft innerhalb der CDU weiter etablieren und die Interessen der Arbeitnehmer stärker in den Vordergrund rücken.“

Wichtig in seiner Arbeit als Landesvorsitzender sind ihm dabei auch solche Themen wie die Verbesserung der Situation in der Pflege und der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum.

In der Arbeitnehmerkonferenz, die sich an die Landestagung anschloss, berieten die Arbeitnehmervertreter der CDU, wie die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden kann. In Sachsen-Anhalt habe man sie seit 2002 fast halbieren können. „Das ist keinem anderen Bundesland in Deutschland gelungen“, sagte der Spitzenkandidat der Union für die Landtagswahl, Wirtschaftsminister Reiner Haseloff. Das Ganze sei verbunden gewesen mit einem Zuwachs von 80000 neuen Arbeitsplätzen mit Löhnen deutlich über der Mindestlohndiskussion in der Wirtschaft. Als wichtigstes Anliegen bezeichnete es der Ressortchef, den Fachkräftebedarf in den nächsten Jahren abdecken zu können. Haseloff: „Das geht aber nur mit attraktiven Lohnangeboten.“

Der ebenfalls als Gast der Veranstaltung anwesende Bundesvorsitzende der CDA, der Fraktionsvorsitzende der CDU in NRW, Karl-Josef Laumann, sprach sich in seiner Ansprache für die Gleichbehandlung von Leiharbeitern und der Stammbelegschaft von Unternehmen schon nach einer relativ kurzen Einarbeitungszeit aus. Weiterhin betonte er, dass Altersarmut nicht mit der Riesterrente verhindert werden könne. Er plädierte dafür, die Arbeitswelt so zu organisieren, dass Arbeit, Familie und Kinder wieder besser vereinbar sind.

Zum Abschied empfahl Reiner Haseloff dem aus NRW stammenden CDA-Bundeschef nicht ohne Stolz, bei seinem nächsten Sachsen-Anhalt Besuch mit dem Flugzeug zu kommen und dann im benachbarten Cochstedt zu landen. ■

Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

Julia Klöckner
Landesvorsitzende und Spitzenkandidatin der CDU Rheinland-Pfalz

In den vergangenen Jahren haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihrer täglichen Tatkraft gemeinsam mit verantwortungsbewussten Unternehmern unser Land aus der tiefsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten geführt. Rund drei Millionen Arbeitslose sind ein tolles Zwischenergebnis, und in Europa schaut man heute wieder mit Bewunderung auf Deutschland. Den erfolgreichen Weg müssen wir gemeinsam weitergehen.

Sichere Arbeitsplätze garantieren Wohlstand und unsere Lebensqualität. Zukunftsfeste Arbeit bedeutet Teilhabe und Lebenssinn für jeden Einzelnen sowie Wachstum für alle im Unternehmen. Klar ist eines: Arbeit muss sich lohnen! Auch die Arbeitnehmer müssen vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Dazu zählen Lohnerhöhungen – aber sie sind nicht alles.

Wir wollen jungen Familien mit Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in unserem Land Perspektiven geben, damit sie in Rheinland-Pfalz ihren Lebensmittelpunkt behalten oder finden. Über eine Viertelmillion Rheinland-Pfälzer fahren zur ihrem Arbeitsplatz in ein anderes Bundes- oder europäisches Nachbarland. Durch die tägliche, teils mehrstündige Fahrt zur und von der Arbeit wird kostbare Lebenszeit verbraucht. Die CDU Rheinland-Pfalz wird dafür sorgen, die Verkehrsinfrastruktur weiter zu verbessern und die Straßen in ihrer Funktion als Lebensadern des ländlichen Raumes auszubauen. Durch eine verstärkte Regionalentwicklung werden wir daher die eigene Wirtschaftskraft vor Ort beleben und für Auspendler den Weg für eine schnelle Rückkehr nach Feierabend bereiten.

Für uns gilt, immer den Zusammenhalt der Generationen im Auge zu behalten. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten – dies im Besonderen auch bei der Pflege von Familienangehörigen – gehört zu den Kernpunkten unserer Zukunftsprogramms für Rheinland-Pfalz. Die Unternehmen im Lande wollen wir zur familienfreundlichen Ausgestaltung ihrer Betriebe ermuntern und selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Die Annerkennung der Familienarbeit ist uns sehr wichtig. Die Arbeit der Familien muss sozial aufgewertet und sich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Familie und Beruf unter einen Hut bekommen, auch rechnen. Die CDU Rheinland-Pfalz will daher die Erziehung von Kindern als Familienarbeit dadurch anerkennen, dass wir Erziehungszeiten in den späteren Rentenleistungen anrechnen.

Gute Ausbildung und lebenslanges Lernen sichert Arbeit in Rheinland-Pfalz. Daher wollen wir die Ausbildungsreife unserer Schülerinnen und Schüler verbessern, etwa durch stärkere Berufsorientierung in der Schule. Wir wollen den bestehenden Ausbildungspakt zu einem Weiterbildungspakt ausbauen – beides gemeinsam mit der hiesigen Wirtschaft.

Die CDU Rheinland-Pfalz steht für eine Gleichwertigkeit von Ökonomie, Sozialem und Ökologie. In allem leitet uns die katholische Soziallehre. Ihre Grundwerte geben Orientierung: Personalität (der Mensch geschaffen nach dem Ebenbild Gottes), Freiheit (die immer auch eine Freiheit in Verantwortung sein muss), Solidarität (die Überzeugung, dass die Menschen keine Einzelwesen sind, sondern zusammengehören), Gerechtigkeit und Subsidiarität (den kleineren Einheiten eigene Kompetenz und Zuständigkeit anzuerkennen).

Wir sagen: Rheinland-Pfalz kann mehr! Denn die Platzierungen im Ländervergleich sind beängstigend.

Auf der CDA Landestagung am 26. Februar 2010! v.l.n.r.: Ekkehard Leicht, Bardo Kraus, Hajo Schneider, Julia Klöckner, Josef Zolk, Dieter Schlund , Max Prümm und Sascha Kohlmann.

Unser Land liegt abgeschlagen nach 20 Jahren SPD-Führung auf:

› Platz 13 beim Dynamik-Ranking zur wirtschaftlichen Entwicklung.
› Platz 14 bei der Personaleinsparung im öffentlichen Dienst.
› Platz 15 beim Anteil der Hochqualifizierten an den Beschäftigten.
› Platz 16 bei der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 2000 bis 2009.

Mit der CDU wird aus Rheinland-Pfalz ein modernes Ideen- und Innovationsland, in dem wir weiterhin gerne leben. Hierfür müssen wir in Zukunft klare Schwerpunkte setzen: nachhaltige Bildung, solide Finanzen, Zusammenhalt der Generationen. Gerade der demografische Wandel stellt unsere Heimat und unsere Wirtschaft vor völlig neue Herausforderungen. Wir brauchen heute eine kluge Generationenpolitik, um den demografischen Wandel nachhaltig gestalten zu können. Aus diesem Grund wird es mit der CDU in Rheinland-Pfalz einen Neuzuschnitt der Ministerien geben. Die Aufgaben der Gestaltung des demografischen Wandels werden wir ernst nehmen und in einem Zukunftsministerium für den Zusammenhalt der Generationen bündeln.

In 20 Jahren SPD-Herrschaft hat die Hinterzimmerpolitik Einzug gehalten. Filz und Vetternwirtschaft hemmen unsere Wirtschaftsleistung, die Ergebnis Ihrer Anstrengung ist und von der jeder Arbeitnehmer profitiert. Prestigeprojekte wie Nürburgring und Schlosshotel, an denen sich nur wenige Ausgewählte bereichern, wird es mit uns nicht geben. Wir setzen auf unseren Mittelstand, und seine klugen, fleißigen und kreativen Mitarbeiter. Sie sind Mitgestalter unserer Zukunft und unserer Heimat. Haben Sie vielen Dank für Ihren Einsatz. ■

Herzliche Grüße
Julia Klöckner

› www.cdurlp.de
› www.julia-kloeckner.de

Liebe Wählerinnen und Wähler,

die CDU-Sozialausschüsse (CDA) vertreten die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und kümmern sich um die sozialen Themen in der Politik. Unsere Abgeordneten konnten in den vergangenen Jahren viel erreichen. Insbesondere im Bundestag wurden entscheidende Verbesserungen erzielt. Für uns gilt: Soziale Gerechtigkeit ist Voraussetzung für die Stabilität unserer Gesellschaft. Davon sind wir überzeugt.

Auch im Landtag sind die Abgeordneten, die der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft angehören, aktiv gewesen. Sie haben sich der Themen angenommen, die die Menschen im Land betreffen. Ihr Einfluss als Mitglieder einer Oppositionsfraktion war allerdings begrenzt.

Helfen Sie mit, dass dies anders wird. Unterstützen Sie Julia Klöckner mit Ihrer
Stimme für die CDU und wählen Sie die Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten der CDA.

Ihre CDA Rheinland-Pfalz

am 27. März
Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

Landtagswahl in Baden-Württemberg

Gegen Börsengang der EnBW

Die CDU-Sozialausschüsse (CDA) sprechen sich gegen einen Verkauf der EnBW Landesanteile über die Börse aus. Die CDA unterstützt damit die Position von CDU-Fraktionschef Peter Hauk, der vor einem schnellen Börsengang des Energieunternehmens und die Fixierung auf die Börsentauglichkeit gewarnt hatte. Vorrang müssten Investitionen in erneuerbare Energien haben. Der missglückte Börsengang der Bahn habe zu einem Investitionsstau geführt. Die FDP hatte sich dagegen auf ihrem Landesparteitag für einen schnellen Verkauf der Landesbeteiligung über die Börse ausgesprochen.

Die CDU Arbeitnehmerorganisation setzt sich in erster Linie für die Beteiligung der Mitarbeiter an dem Energieversorger aus. Im Regierungsprogramm habe sich die CDU grundsätzlich für die Stärkung der Mitarbeiterbeteiligung ausgesprochen. Auch Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) habe sich für die Beteiligung der Mitarbeiter an der EnBW aufgeschlossen gezeigt. „Die Mitarbeiterbeteiligung erhöht die Stabilität eines Unternehmens und stärkt über die Einbindung der Arbeitnehmer die Ertragskraft“, erklärt der Landesvorsitzende der CDU-Sozialausschüsse Christian Bäumler.

„Das Land muss darüber hinaus zumindest mit einer Sperrminorität an der EnBW beteiligt bleiben. Die Stromversorgung ist ein Teil der Grundversorgung und darf deshalb nicht zum Spielball privater Interessen werden. Die Landesanteile dürfen deshalb auf keinen Fall an die Börse gebracht werden“, fordert der CDA Landesvorsitzende. Die CDA kann sich allenfalls einen Teilverkauf an Kommunen oder Stadtwerke vorstellen. ■

Auszug aus dem Regierungsprogramm der CDU Baden-Württemberg

Mitarbeiterbeteiligung als gelebte Sozialpartnerschaft.
Es gehört zu den großen Stärken Baden-Württembergs, dass Unternehmer, Gewerkschaften und Arbeitnehmer gemeinsam ihre Verantwortung wahrnehmen. Diese gemeinsame Verantwortung bedeutet auch, dass Arbeiternehmer am Unternehmenserfolg teilhaben müssen. Die CDU Baden-Württemberg tritt daher für Gewinn- und Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer ein. Wer in schlechten Zeiten weniger verdient, muss in guten Zeiten mehr in der Lohntüte haben. Dies ist für uns gelebte Sozialpartnerschaft.

Musterland für faire Arbeit.
Wir wollen ein neues Gleichgewicht zwischen dem Interesse der Arbeitgeber, flexibel auf die Auftragslage reagieren zu können, und dem berechtigten Bedürfnis der Arbeitnehmer nach Sicherheit. Flexible Arbeitszeitformen haben in der Krise entscheidend dazu beigetragen, dass Betriebe die Unterauslastung auffangen und Arbeitsplätze erhalten konnten. Diese Flexibilität in Form von Arbeitszeitkonten wollen wir erhalten.

Die Leiharbeit ist neben Arbeitszeitkonten ein wichtiges Instrument für die Unternehmen, um auf Auftragsschwankungen reagieren zu können. Die Arbeitgeber müssen mit diesem Instrument jedoch sensibel umgehen. Wir sprechen uns daher mit Nachdruck gegen eine Ersetzung des Stammpersonals durch Leiharbeiter aus. Die Leiharbeit darf für die betroffen Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer nicht zum Dauerzustand werden. Sie soll und kann nur eine Brücke in den Arbeitsmarkt sein.

Wir wollen, dass Baden-Württemberg zu einem Musterland für faire Arbeit wird. Das Land soll dabei eine Vorreiterrolle übernehmen und auf sachgrundlose Befristungen verzichten. Um die Arbeitsbedingungen im Bereich der Leiharbeit zu verbessern, wird sich eine CDU-geführte Landesregierung für einen Mindestlohn für Leiharbeitnehmer einsetzen. ■

Programm für Arbeitnehmer

Die CDU Baden-Württemberg und ihr Spitzenkandidat Stefan Mappus stellen sich mit ihrem Regierungsprogramm eindeutig auf die Seite der Arbeitnehmer. „Niedriglöhne, Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge sind kein Modell für Baden-Württemberg," erklärte Stefan Mappus auf dem CDU-Programmparteitag. Als Programm für Arbeitnehmer bewerten die CDU-Sozialausschüsse (CDA) das vom CDU-Landesparteitag in Donaueschingen beschlossene Regierungsprogramm. Die CDU Baden-Württemberg spricht sich für einen Mindestlohn in der Zeitarbeit und für einen Verzicht auf die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen aus. „Wir wollen Arbeitsplätze zu fairen Bedingungen, Zeitarbeit und Praktika dürfen nicht für Lohndumping missbraucht werden", erklärt der Landesvorsitzende der CDU-Sozialauschüsse Christian Bäumler. Die Beschäftigungsverhältnisse der Lehrer sollen so angelegt werden, dass sich niemand mehr zu Beginn der Sommerferien arbeitslos melden muss.

Das Ziel der Union sei die Partnerschaft von Unternehmern, Gewerkschaften und Arbeitnehmern. Dazu gehört nach dem Regierungsprogramm auch die Beteiligung der Arbeitnehmer am Erfolg ihres Unternehmens. Die CDU fordert höhere Löhne und eine Gewinn- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer.

Erfolgreich waren die CDU-Sozialausschüsse auch bei der Forderung nach einem obligatorischen und kostenfreien Kindergartenjahr. Ziel ist ein behutsamer Übergang vom spielerischen Lernen im Kindergarten zur Wissensvermittlung in der Grundschule. Das obligatorische Kindergartenjahr soll die Schulfähigkeit stärken und so ein Beitrag zur Chancengleichheit von Kindern unterschiedlicher Herkunft sein. Familien mit geringem Einkommen sollen weiter durch das Landeserziehungsgeld unterstützt werden.

Europäischen Privatgesellschaft: Mitbestimmungsstandards müssen bewahrt werden

Die deutsche Mitbestimmung darf durch europäisches Gesellschaftsrecht nicht aufs Spiel gesetzt werden. – Peter Weiß (2. v. l.) im Gespräch mit der Führung des Arbeitskreises der Betriebsräte in der Wehrtechnik, Luft- und Raumfahrt (v.l.n.r.): Uwe Kess (Schatzmeister), Hans-Joachim Schneider (2. Vorsitzender) und Richard Bernhard (1. Vorsitzender), die auch für Hochtechnologie-Arbeitsplätze in der Branche am Standort Deutschland warben.

Auf EU-Ebene ist – in Ergänzung zur Rechtsform der GmbH auf nationaler Ebene – die Schaffung einer Europäischen Privatgesellschaft (SPE) vorgesehen. Ziel ist eine einheitliche europäische Gesellschaftsform insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen, die diesen den Zugang zum EU-Binnenmarkt und die grenzüberschreitende Tätigkeit erleichtert. Die konkreten Überlegungen der ungarischen Präsidentschaft zur Ausgestaltung der neuen Gesellschaftsform würden allerdings negative Auswirkungen auf das im europäischen Vergleich weitentwickelte und höchst erfolgreiche deutsche Mitbestimmungsmodell haben. Ein solches Schleifen der deutschen Mitbestimmungsstandards ist, wie auch der CDA-Bundesvorstand in einem Beschluss vom 18. Februar 2011 festgestellt hat, für uns nicht hinnehmbar.

Der aktuelle Verordnungsvorschlag hat insbesondere die folgenden Schwachpunkte:

Trennung von Register(=Satzungs-)sitz und Verwaltungssitz

Vorgesehen ist die Möglichkeit einer Trennung von Register- bzw. Satzungssitz einerseits und Verwaltungssitz des Unternehmens andererseits nach einer Übergangsfrist von drei Jahren. In diesem Punkt unterscheidet sich der Verordnungsentwurf von den für die bereits bestehenden Rechtsformen Europäische Gesellschaft (SE) und Europäische Genossenschaft (SCE) gefundenen Regelungen. Der Möglichkeit zur Mitbestimmungsflucht wird damit Tür und Tor geöffnet. Ein Unternehmen könnte den Satzungssitz in ein Land ohne Mitbestimmungstradition verlegen und damit unter den in der Verordnung im Einzelnen festgelegten Voraussetzungen gezielt die Mitbestimmungsrechte einschränken. Geschädigt würden Arbeitnehmer, Steuerzahler und der Standort Deutschland.

Eine andere Diskussionsvariante sieht die Möglichkeit der Trennung von Register- und Verwaltungssitz in Fällen vor, in denen verschiedene Registersitze von Tochterunternehmen mit dem Sitz einer Konzernobergesellschaft zusammengelegt werden. Der Kreis von Unternehmen, die von der Mitbestimmungsflucht Gebrauch machen können, wäre kleiner; für die betreffenden Tochtergesellschaften wären die Konsequenzen aber die gleichen.

Unsere Forderung: Keine Trennung von Register- und Satzungssitz (analog zu den anderen europäischen Gesellschaftsformen).

Satzungssitz bestimmt Form der Mitbestimmung

Vorgesehen ist, dass das Mitbestimmungsrecht des Landes gilt, in dem die SPE ihren Satzungssitz hat. Hier kommt es ebenfalls zu einer

Abweichung von den Regelungen bei Europäischer Gesellschaft und Europäischer Genossenschaft. Diese sehen vor, dass die Arbeitnehmer aus allen EU-Mitgliedsstaaten, in denen das Unternehmen seinen Sitz hat, generell mit der Unternehmensleitung über die Form der Mitbestimmung der neuen Gesellschaft verhandeln. Der aktuelle Vorschlag zur SPE sieht – mit Konsequenzen für das Mitbestimmungsniveau – für diese Verhandlungsmöglichkeit zwei Schwellen vor:

1. **Mindestens ein Drittel** der Beschäftigten der neuen SPE arbeiten in einem Land mit besserer Mitbestimmung (erste Schwelle).

Beispiel:
Eine internationale agierende deutsche GmbH hat 10 000 Arbeitnehmer, von denen 3 000 in Deutschland und 7000 in anderen Mitgliedsstaaten ohne Mitbestimmung arbeiten. Nach der Umwandlung in eine SPE gilt zunächst das deutsche Mitbestimmungsrecht weiter. Dann verlegt die Gesellschaft jedoch den Satzungssitz nach Großbritannien. Verhandlungen zwischen der Unternehmensleitung sind nicht erforderlich, weil weniger als ein Drittel der Beschäftigten im Herkunftsland mit höherem Mitbestimmungsniveau arbeiten und damit die erste Schwelle unterschritten ist. Für die Beschäftigten in Deutschland bedeutet das die gänzliche Abschaffung ihrer Unternehmensmitbestimmung.

2. Die Zahl der Beschäftigten in einem Mitgliedsstaat mit besserer Mitbestimmung **darf nicht unter der Zahl von 500** liegen.

Erst für den Fall, dass beide Schwellenwerte erreicht werden und die Verhandlungen nicht zu einem Ergebnis führen, sieht der aktuelle Vorschlag eine Auffangregelung vor, derzufolge das am weitesten entwickelte nationale Recht gilt. Generell soll den allerdings Nationalstaaten eingeräumt werden, höchstens eine Drittel-Mitbestimmung zuzulassen, wenn aufgrund der Regelungsmechanismen eine paritätische Mitbestimmung das Ergebnis wäre. Diese könnte damit ausgehebelt werden.

Unsere Forderung: Die Mitbestimmung in einer neuen SPE ist auf dem Wege einer Verhandlungslösung auszugestalten. Ist diese Forderung auf europäischer Ebene nicht durchsetzbar, ist zumindest auf die erste Schwelle gänzlich zu verzichten. Die zweite Schwelle muss deutlich abgesenkt werden.

Auf die vorgesehene Möglichkeit, dass die Nationalstaaten eine paritätische Mitbestimmung durch eine „Drittel-Option“ unterschreiten, muss ebenfalls verzichtet werden. Die deutsche Mitbestimmung ist ein Erfolgsmodell, wie sich gerade erst wieder bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt hat. Sie ist ein wichtiges Stück sozialstaatlicher Tradition der Bundesrepublik Deutschland, die gerade von der Union maßgeblich geprägt wurde. In sie darf nicht eingegriffen werden, weder durch nationales noch durch europäisches Recht.

Es wäre widersinnig, gerade in einer Zeit, in der die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in Richtung einer stärkeren Partizipation gehen, betriebliche Mitbestimmungsrechte zurückzudrehen. Die betriebliche Mitbestimmung ist zudem als vertrauensbildendes Element eine unverzichtbare Säule für alle politischen Zukunftskonzeptionen, die z.B. das Ziel haben, wieder ein stärkeres gesellschaftliches Verständnis für Industrieprojekte zu entwickeln, mit denen Arbeitsplätze geschaffen werden. ■

Beispiel:
Eine große deutsche mitbestimmte GmbH mit paritätisch besetztem Aufsichtsrat, in der 80 Prozent der Beschäftigten in Deutschland arbeiten, verlegt ihren Satzungssitz in die Niederlande. Weil beide Schwellen überschritten sind und mehr als ein Drittel der Beschäftigten im Herkunftsland mit höherem Mitbestimmungsniveau arbeitet, werden Verhandlungen über die Mitbestimmung der künftigen Gesellschaft eingeleitet. Da eine Einigung nicht zu Stande kommt, bildet das deutsche Modell die Auffanglösung. Die niederländische Regierung nimmt ihr Recht wahr und schränkt die paritätische Mitbestimmung auf eine Drittel-Mitbestimmung ein.

Peter Weiß,
Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Fortschritt und Nachhaltigkeit auf dem Arbeitsmarkt

Instrumentenreform: Bewährtes erhalten – Überflüssiges abschaffen

Egbert Biermann
Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG BCE und des CDA Bundesvorstandes

In diesem Jahr soll die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente erfolgen. Die Instrumente wurden wissenschaftlich überprüft. Auf Grundlage der Ergebnisse sollen notwendige gesetzliche Änderungen erfolgen. Beabsichtigt ist, die „Werkzeuge" zu reduzieren und den Handelnden vor Ort einen größeren Ermessensspielraum einzuräumen. So sollen die Wirkung erhöht und die Kosten gesenkt werden. Die Debatte läuft schon länger und wird mit dem Gesetzgebungsverfahren einen Höhepunkt erreichen.

Das Geld wirkungvoller und kostengünstiger einsetzen zu wollen, ist richtig. Doch dürfen am Ende nicht die Anspruchsberechtigten zu Bittstellern werden. Und die notwendige Vielfalt nicht gänzlich dem Drang zur Vereinheitlichung zum Opfer fallen. Auch die Bereitschaft, immer wieder Postuliertes wie die Beauftragung Dritter mit der Arbeitsvermittlung, einzuschränken oder besser gleich ganz aufzugeben, sollte entwickelt werden. Denn die Wirkung der Vermittlungsgutscheine ist verpufft.

Ein-Euro-Jobs abschaffen

Mit den „Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante" sollten die Beschäftigungsfähigkeit erhöht und schwer vermittelbare Personen an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Doch wie die Forschung zeigt, war die Wirkung eher dürftig. Die Chancen auf ein Arbeitsverhältnis waren gegenüber nicht Geförderten nur geringfügig höher. Zwar haben einige Personen Vorteile, doch diese könnten auch durch andere Maßnahmen erzielt werden. Für rund 234.000 Personen wurde 2009 etwas mehr als 1 Mrd. Euro ausgegeben. Dieses Geld könnte für den Aufbau eines zweiten Arbeitsmarktes für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung genutzt werden. Das Konzept der Bürgerarbeit sollte in diese Richtung weiterentwickelt werden.

Bildungsgutscheine konzentrieren und Bildungsangebote ausschreiben

Die Weiterbildung von Beschäftigten in Deutschland ist nach wie vor unzureichend. Eine durchgehende Beschäftigung bis zum Ruhestand kann nur erreicht werden, wenn auch die bildungspolitischen Rahmenbedingungen verbessert werden. Kontinuierliche Qualifizierung und Kompetenzentwicklung sichern die Arbeitsfähigkeit. Deshalb darf die von unserer Bundeskanzlerin ausgerufene Bildungsrepublik nicht vor den Werkstoren oder den Türen der Agenturen enden. Für die Weiterbildung von Beschäftigen sind zwar in erster Linie die Betriebe verantwortlich. Jedoch eine moderne Arbeitsmarktpolitik muss Beschäftigte und Arbeitslose unterstützen, ihre Kompetenzen und Potenziale zu erhalten und auszubauen. So leistet die Bundesagentur für Arbeit einen Beitrag, um die Wirtschaft mit Fachkräften zu versorgen. Die Weiterbildung kommt auch bei den Forschungsergebnissen gut weg. Aber gerade hier ist es wichtig, nicht alles über einen Kamm zu scheren. Qualifizierte Arbeitslose kommen mit den Bildungsgutscheinen gut klar, doch gering Qualifizierte scheinen überfordert zu sein. Deshalb sollten für Letztere wieder Bildungsmaßnahmen ausgeschrieben werden. Und Bildungsgutscheine wären stärker zu konzentrieren und ihre Verwendung zu erleichtern.

Dies sind nur wenige Aspekte, die bei der Instrumentenreform eine Rolle spielen werden. Deshalb sollte die Debatte kontinuierlich, aktiv, konstruktiv aber auch strittig geführt werden, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. ■

Betriebliche Altersvorsorge muss sich auch beim Arbeitgeberwechsel lohnen

Die betriebliche Altersvorsorge ist neben der gesetzlichen Rentenversicherung und der privaten Vorsorge eine wichtige Säule zur Sicherung des Lebensstandards im Alter. Durch das Betriebsrentengesetz haben alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf betriebliche Altersvorsorge durch Entgeltumwandlung. Davon haben in den letzten Jahren immer mehr Menschen Gebrauch gemacht, zumal diese Vorsorgeform auch Steuervorteile mit sich bringt. Die betriebliche Altersvorsorge ist zudem ein wichtiges Instrument zur Förderung der Betriebstreue.

Trotzdem zeichnet sich in der heutigen Arbeitswelt eine zunehmende Fluktuation innerhalb der Arbeitnehmerschaft ab. Durch die Globalisierung und den gesellschaftlichen Wandel sind Erwerbsbiografien heute durch häufigere Arbeitgeberwechsel als früher geprägt. Das hat auch Auswirkungen auf die betriebliche Altersvorsorge. Viele stellen sich daher die Frage: Was passiert im Falle eines Wechsels mit meinem Vertrag? Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, seinen Altersvorsorgevertrag zum neuen Arbeitgeber mitzunehmen. Die Sache hat nur einen Haken: Alle Beteiligten müssen zustimmen. Das heißt, selbst wenn sich Arbeitnehmer und der bisherige Arbeitgeber über die Mitnahme der Altersvorsorge einig sind, kann der neue Arbeitgeber seine Zustimmung verweigern. Gleichwohl kann auch der alte Arbeitgeber die Mitnahme verhindern. Und dies kommt in der Praxis leider nicht selten vor. Kein Wunder. Der alte Arbeitgeber wird in der Regel nicht bereit sein, den neuen Arbeitgeber für die Übernahme der Zusage verpflichtungsgerecht zu bezahlen. Ebenso wenig möchte der neue Arbeitgeber keine Zusage mit negativen Auswirkungen auf seine Bilanz machen.

Die derzeitige Rechtslage kann uns nicht zufrieden stellen. Wird keine Einigung über die Übernahme eines Vorsorgevertrages erzielt, kann dies erhebliche finanzielle Nachteile für den Arbeitnehmer zur Folge haben. Zwar wurde 2004 bereits eine Erleichterung bezüglich der Übernahme des Versorgungskapitals auf den Weg gebracht. Diese Verbesserung läuft allerdings ins Leere, wenn überhaupt keine Übernahme erfolgt. Als Christlich-Soziale müssen wir uns dafür einsetzen, dass die fehlende Kompatibilität von bestehenden Altersvorsorgeverträgen bei einem Arbeitgeberwechsel aus dem Wege geschafft wird. ■

Willi Zylajew MdB
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Schatzmeister der CDA Deutschlands

Keine weitere Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für ausländische Fachkräfte

In einer Entschließung spricht sich die CGB-AG der CDA Deutschlands gegen eine weitere Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern aus. Es gebe gegenwärtig keine Notwendigkeit für eine solche weitere Öffnung. Zu verzeichnende Engpässe bei der Besetzung offenere Stellen seien kein Indiz für ein unzureichendes Arbeitskräfteangebot, sondern haben vielfältige Ursachen wie beispielsweise unzureichende Entlohnung, ungünstige Arbeitsbedingungen, etc. Besondere Chancen sieht die CDA/CGB-AG im Bereich der Qualifizierung und der Verhinderung von Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrüchen.

Das gesamte Papier findet man unter: › redir.ec/positionspapier

Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“
Interview mit Dr. Matthias Zimmer MdB

Dr. Matthias Zimmer
Stellv. Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vorsitzender der CDA Frankfurt

Matthias, Du bist zum stellvertretenden Vorsitzenden der neuen Bundestagsenquete-Kommission „Wachstum. Wohlstand. Lebensqualität“ gewählt worden. Welche Ziele verfolgt die Enquete und welche hältst Du davon für realistisch?

Die Enquete hat eine Reihe von Aufträgen. Im Zentrum steht die Frage nach der Entwicklung eines neuen Wohlstandsindikators. Das Bruttoinlandsprodukt ist dazu nur bedingt geeignet. Und wir werden uns unterhalten über Fragen wie: Brauchen wir Wachstum und wenn ja: welches? Welche Rolle spielt der technische Fortschritt? Wie hängt das mit unserer Lebensqualität zusammen und dem, was ich als „gutes Leben“ bezeichne? Ist gutes Leben nur definiert durch immer mehr materielle Güter? Ich glaube, das ist nicht der Fall.

Wieso brauchen wir einen neuen Wohlstandsmesser? Welchen Mehrwert haben wir davon und worauf könnte ein solcher Indikator basieren?

Das Bruttoinlandsprodukt misst nur wirtschaftliches Wachstum und das ist nicht dasselbe wie Wohlstand. Ein einfaches Beispiel: Eine Naturkatastrophe kann zu einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts führen, aber zweifellos mehrt eine solche Katastrophe nicht den Wohlstand. Wenn wir Wohlstand definieren wollen, müssen wir andere Indikatoren mit abbilden, auch nichtmaterielle Werte: Was sind uns eine intakte Natur wert, unsere Freiheit, unsere Grundrechte, unsere Teilhabechancen?

In den letzten Jahrzehnten wurde Wachstum und Ressourcenverbrauch eher unter ökologischen Aspekten betrachtet. Besteht nicht die Gefahr, dass die Enquete-Kommission Wachstum zu einseitig in ökonomischen Dimensionen diskutiert? Genügt das ökologische Argument nicht?

Die beiden Aspekte müssen zusammengebracht werden. Das kann man schon dadurch, dass man die versteckten ökologischen Kosten von Wachstum mit in die ökonomische Betrachtung einbezieht. Aber wir müssen uns auch vor einer Überbetonung des ökologischen Aspekts hüten: Eine moderne Industriegesellschaft lässt sich nicht als Gemeinschaft von Naturanbetern organisieren.

Welchen Beitrag wird der technische Fortschritt zur Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch liefern können?

Relativ gesehen haben wir schon eine Entkopplung, und die ist durch technischen Fortschritt erfolgt –effizientere Autos, Passivhäuser, erneuerbare Energien und vieles mehr. Und es gibt ein heute sehr viel stärkeres Bewusstsein als vor 30 Jahren, dass die Ressourcen endlich sind. Wir werden beides brauchen: den technischen Fortschritt und eine veränderte Haltung der Menschen zu dem nur materiell verstandenen Fortschritt. Lebensqualität ist mehr als die Zunahme der Konsummöglichkeiten.

Als CDA haben wir den Blick natürlich in erster Linie auf die Interessen der Arbeitnehmerin-

nen und Arbeitnehmer. Wenn es in der Enquete um Lebensqualität geht, welche Rolle spielen dabei Arbeitnehmerinteressen?

Das ist für mich der zentrale Bereich. Gutes Leben beinhaltet auch gute Arbeit. Wir werden uns deshalb mit Fragen der Arbeitsorganisation beschäftigen, zum Beispiel der Frage, ob durch Mitarbeiterbeteiligung Nachhaltigkeit gestärkt werden kann. Oder wie sich die vielfältiger gewordenen Erwerbsbiografien auf Wachstum und Lebensqualität beziehen lassen.

Lebensqualität hat ja vor allem eine immaterielle Dimension, die aber nicht immer präzise erfasst werden kann. Könnte aber vielleicht das Instrument der Arbeitszeitverkürzung in Zukunft nicht nur mehr unter dem Aspekt der Arbeitsverteilung, sondern auch als Mittel zur Wohlstandssteigerung diskutiert werden (Stichwort: Zeitwohlstand)?

Ja. Von Benjamin Franklin stammt ja der berühmte Satz: Zeit ist Geld. Und ebenso, wie die Verfügbarkeit über Geld ein Wohlstandsindikator sein kann, ist es natürlich auch die Zeitautonomie. Beides muss vernünftig zusammengebracht werden. Das ist dann die Voraussetzung dafür, dass auch andere wichtige gesellschaftliche Bereiche wie Familien oder ehrenamtliches Engagement Entfaltungsmöglichkeiten haben. Ein Wohlstandsbegriff ohne diese Aspekte wäre leer.

Nun gab es im Vorfeld bereits heftige Diskussionen darüber, dass ausschließlich männliche Sachverständige von den Fraktionen für die Enquete benannt wurden. Es wurde sogar schon von einem „einseitigen Männerclub“ gesprochen. Wie siehst Du das?

Klausurtagung der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Hier die Vorsitzende des Ausschusses des Deutschen Bundestages, Daniela Kolbe, SPD, und des stellvertretenden Vorsitzenden, Dr. Matthias Zimmer, CDU/CSU.

© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Ich bin kein Freund von Quoten. Nicht jedes Arbeitsfeld lässt sich so darstellen, dass alle gesellschaftlichen Gruppen ihrem Anteil nach auch vertreten sind. So gibt es ebenfalls keine Sachverständigen mit Migrationshintergrund in der Enquete. Ich halte die Diskussion auch für verfehlt. Wir haben sehr kompetente weibliche Abgeordnete, die in der Enquete mitarbeiten und dies mit großem Sachverstand. Diese dann so einfach gegen weibliche Sachverständige auszuspielen, empfinde ich schon beinahe als ehrenrührig.

Hast Du einen persönlichen Wunsch für die Arbeit in der Enquete?

Dass es uns gelingt, auf die großen Fragen auch große Antworten zu geben und wir in einigen Jahren auf die Arbeit der Kommission zurückblicken und sagen: Hier ist die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft vorbereitet worden.

Lieber Matthias, wir danken Dir für dieses Gespräch und wünschen Dir viel Erfolg bei der Arbeit in der Enquete-Kommission. ■

CDA THÜRINGEN

20 Jahre CDA Thüringen

Verleihung der Goldenen Ehrennadel der CDA an Gustav Bergemann

Am 23.2.1991 fand in Erfurt in der Gaststätte „Flora“ die 1. Landestagung mit Vorstandswahlen der CDA statt. Damals wie heute gilt „im Mittelpunkt unseres Handelns steht der Mensch“, so der Landesvorsitzende seit der ersten Stunde, Gustav Bergemann. „Es geht um die Botschaft, den Geist von Menschlichkeit, Freundschaft und Solidarität im täglichen Leben nicht verloren gehen zu lassen.“

In seinem Rückblick ging Gustav Bergemann auf die schwierigen Jahre im Aufbauprozess ein. Besonderer Dank gelte auch heute noch den Landesverbänden aus Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen für die Unterstützung beim Aufbau von funktionierenden Strukturen. Auch heute gilt für die CDA: sich einmischen und in den eigenen Reihen klare Positionen zu beziehen!

v.l.n.r.: Dr. Klaus Zeh, MdL; Gustav Bergemann, MdL; Gerald Weiß, 1. Stellvertr. CDA-Bundesvorsitzender; Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, MdL; Dr. Mario Voigt, MdL, Generalsekretär der Thüringer CDU und Dr. Dieter-L. Koch, MdEP.

Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht überreichte Gustav Bergemann die Bronzene Ehrenmedaille der CDU Deutschlands und eine Auszeichnung des CDA-Landesverbandes Thüringen.

„Es geht eben nicht so, dass der Markt alles regelt – sondern unsere Aufgabe ist es, die Schwächeren in unserer Gesellschaft mitzunehmen, die sich aus eigener Kraft nur schwer weiterhelfen können und ihnen die nötige Wärme mitzugeben“, resümierte Gustav Bergemann.

In ihrer Festrede ging Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht besonders auf die CDA als soziales Gewissen der CDU auch im 21. Jahrhundert ein. Der erste stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende Gerald Weiß überbrachte die Glückwünsche des Vorsitzenden Karl-Josef Laumann und verlieh Gustav Bergemann die Goldene Ehrennadel der CDA.

Mitglieder der CDA-Saalfeld - Kreisvorsitzender Walter Reichel, Vorstandsmitglied Norbert Matiss, Roland Post und Harald Piesch

Von der Ministerpräsidentin erhielt er eine Auszeichnung für besondere Verdienste in der CDU. Im Anschluss an die Ehrung von CDA-Kolleginnen und Kollegen für ihr persönliches Engagement in der CDA gab es viele interessante Gespräche und Begegnungen – auch mit den Akteuren der ersten Stunde aus Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. ■

CDA HAMM

110 Jahre in der CDA Hamm

Hermann Kampmann (vorn: zweiter von links, daneben links seine Ehefrau Ursula) und Wilhelm Johannfunke (vorn: vierter von links, daneben seine Ehefrau Getrud) . Hintere Reihe v.l.n.r.: CDU-Kreisvorsitzender Oskar Burkert, OB Thomas Hunsteger-Petermann, Karl-Josef Laumann, CDA-Kreisvorsitzender Werner Linnemann.

Am 28.1.2010 ehrte die CDA-Hamm mit einer Feierstunde Hermann Kampmann und Wilhelm Johannfunke für ihre 55-jährige Mitgliedschaft in der CDA. Beide traten 1956 in Hamm der CDA bei. „Hermann Kampmann und Wilhelm Johannfunke sind die an Mitgliederjahren ältesten und auch wohl profiliertesten Vertreter des christlich-sozialen Flügels der CDU in Hamm“, erklärte der Hammer CDA-Kreisvorsitzende Werner Linnemann. „Ihr seid zwei alte Kämpfer, die sozialpolitische Geschichte geschrieben haben.“ Die Laudationen hielten Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann und der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann.

„Wir ehren heute zwei Männer, die mit ihren eindrucksvollen Lebenswegen ein tolles Vorbild für die Jungen in der CDA darstellen und dafür sind wir euch als Christlich-Soziale dankbar“, lobte Laumann das Engagement der beiden Jubilare. „Ihr habt als Handwerker über kirchliche Mitwirkung im Verbandskatholizismus den Weg in die Sozialausschüsse der CDU gefunden.“ Dieser unmittelbare Bezug der CDA zu unterschiedlichen Berufsgruppen drohe heute mehr und mehr verloren zu gehen, warnte der CDA-Bundesvorsitzende. „Es gibt nur eine Partei, in der sich Christlich-Soziale organisiert haben, und wir haben als CDA in der Renten- und Lohnpolitik noch schwer etwas zu schultern“, richtete Laumann den sozialpolitischen Blick in die Zukunft.

„Ich habe mich nicht engagiert, um Dank zu ernten. Für mich stand immer das Tun im Vordergrund“, blickte Wilhelm Johannfunke auf sein politisches Leben zurück und bekundete, noch nicht am Ende angelangt zu sein: „Wenn der liebe Gott es möglich macht, möchte ich bis zu meinem letzten Atemzug aktiv bleiben.“

„Ich bin damals in die CDU-Sozialausschüsse eingetreten, weil sie näher am Menschen waren“, erklärte Herrmann Kampmann. „Wir müssen heute die jungen CDAler wieder verstärkt in die politische Fortbildung schicken, damit sie das politische Geschäft richtig lernen und wirklich etwas zu sagen haben. Bei einem Christlich-Sozialen müssen die Leute das Gefühl haben, dem kann ich die Hand geben und ich brauche die Finger nicht nachzuzählen“, appellierte Kampmann an seine CDA-Kollegen, die politische Glaubwürdigkeit an die erste Stelle zu setzen. ■

CDA BERLIN

Traditioneller Neujahrsempfang

Am 7. Januar hat die Berliner CDA ihren jetzt schon traditionellen Neujahrsempfang mit viele treuen CDA-Mitgliedern, Betriebs- und Personalräten sowie Gästen aus den Gewerkschaften, dem Bundestag und den Bezirken gegeben. Bei den fast 100 Teilnehmern kamen die Grußworte von Ingrid Sehrbrock und Bernd Krömer besonders gut an. Für die Kolleginnen hielt der Landesvorsitzende Horst Gedack eine wunderschöne Rose bereit. Nach dem gelungenen Start in das neue Jahr freuen sich alle CDA-Mitglieder auf einen erfolgreichen Wahlkampf. ■

CDA NORDRHEIN-WESTFALEN

Kontinuität im CDA-Kreisverband Aachen-Land

v.l.n.r.: Roland Krichel, Hans-Peter Drabent, Frank Kortz (verdeckt), Gudrun Ritzen, Ben Grendel, Sabine Verheyen MdEP, Rudolf Lennartz

Auf Kontuinität haben die Mitglieder des CDA-Kreisverbandes Aachen-Land bei den Neuwahlen auf der Jahreshauptversammlung in Eschweiler gesetzt. Die bisherige Vorsitzende Gudrun Ritzen wurde mehrheitlich für eine weitere Amtszeit gewählt, ihre Stellvertreter heißen Hans-Peter Drabent, Ben Grendel, Roland Krichel und Frank Kortz. Schriftführer bleibt Rudolf Lennartz.

Im Rückblick auf die vergangenen zwei Jahre erkannte Gudrun Ritzen die schwindenden Mehrheiten des Berliner Regierungsbündnisses vor allem als Effekt des Verhaltens des Koalitionspartners FDP. Der Wegfall des Tariftreuegesetzes zum Beispiel sei ein völlig verkehrtes Signal in Richtung Arbeitnehmerschaft. Kein Wunder sei es, wenn sich wie zuletzt ganze Berufsgruppen wie die Polizei von der CDU missverstanden fühlten. Die Vorsitzende bemängelte zudem, dass die Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken der Schwachen stattfinde und fügte als Zukunftsziel hinzu: „Wir müssen den Dialog mit den Gewerkschaften verbessern."

Bezüglich Lohnniveau, Mutterschutz, Sonntagsarbeit oder Strafgesetzgebung gegen Kinderpornografie etwa seien pauschal gültige Lösungen für alle Mitglieder noch in weiter Ferne. Allerdings scheinen sich gesellschaftliche Phänomene wie der demografische Wandel im Bewusstsein Brüssels mittlerweile manifestiert zu haben, sagte Verheyen. Das Jahr 2012 sei zum «Jahr des aktiven Alterns» erklärt worden. Auf dem Arbeitsmarkt erkennen laut Verheyen viele Unternehmer langsam, dass nur ein Mix aus Nachwuchskräften und erfahrenen älteren Mitarbeitern den Bedarf an qualifiziertem Personal decken kann. ■

CDA NORDBADEN

Gerechte Löhne

Zu einem harmonischen Zusammentreffen zwischen CDU und Gewerkschaftlern kam es beim Neujahrsempfang der CDA Nordbaden und der CDA Karlsruhe in den Räumlichkeiten von verd.di.

ver.di-Bezirksgeschäftsführer Jürgen Ziegler wies auf die gute Zusammenarbeit zwischen der Gewerkschaft und den CDU-Sozialausschüssen in Karlsruhe hin. Die CDA-Kreisvorsitzende Karin Möhle sei auch in den ver.di-Bezirksvorstand gewählt worden. Möhle hob in ihrer Begrüßung hervor, dass sich die CDU auf ihrem Karlsruher Bundesparteitag für einen Mindestlohn für Leiharbeitnehmer ausgesprochen habe. Auch das Regierungsprogramm der CDU für die Landtagswahl wende sich gegen den Missbrauch der Zeitarbeit. Diese Beschlüsse müssten so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Der Hauptredner des Empfangs, Peter Hauk, sprach sich dafür aus, die Arbeitnehmer am Aufschwung teilhaben zu lassen. In vielen Branchen seien deutliche Lohnerhöhungen möglich. Auch der Mindestlohn dürfe für die Christdemokraten kein Fremdwort sein. Die demografische Entwicklung werde die Position qua-

CDA BADEN-WÜRTTEMBERG

Ausstellung „Christlich-Soziale im DGB“ in Stuttgart

Die Ausstellung „Christlich-Soziale im DGB“ wird vom 2.5. bis 21.5. in Stuttgart im DGB-Haus (Willi-Bleicher-Straße 20, 70174 Stuttgart) zu sehen sein. Die Ausstellung ist täglich geöffnet. Für Rückfragen stehen kompetente Gesprächspartner bereit.

Am 2.5. wird die Ausstellung durch die stellvertretende DGB-Vorsitzende und stellvertretende CDA-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock und den Landesvorsitzende des DGB, Nikolaus Landgraf, um 19 Uhr eröffnet. Am 11.5. hält Regina Görner (IG Metall, CDA-Bundesvorstand) einen Vortrag über prekäre Beschäftigung junger Menschen.

Am 19.5. spricht Elke Hannak (ver.di, CDA-Bundesvorstand). ■

lifizierter Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern stärken.

CDA Landesvorsitzender Christian Bäumler brach eine Lanze für gering qualifizierte und benachteiligte Arbeitnehmer. Auch Menschen mit geringeren Aussichten auf dem Arbeitsmarkt müssten die Chance haben, von ihrer Arbeit auskömmlich zu leben. Die CDA konnte bei ihrem Neujahrsempfang auch den CDU-Landtagsabgeordneten Groh und Bürgermeisterin Magret Mergen begrüßen. Der Empfang klang mit vielen Gesprächen zwischen Christdemokraten und Gewerkschaftsmitgliedern aus. ■

CDA AHRWEILER

Sabrina Koll ist die neue Vorsitzende

Zur neuen Vorsitzenden wählten die Mitglieder der CDU-Sozialausschüsse im Kreis Ahrweiler Sabrina Koll. Dem Vorstand gehören außerdem Armin von Ameln als Stellvertretender Vorsitzender und Nadine Gauglitz als Beisitzerin an.

Armin von Ameln, der zuvor das Amt des CDA-Kreisvorsitzenden inne hatte, sagte: „Mit der Wahl von Sabrina Koll haben wir bewusst ein Zeichen hin zur Verjüngung der Funktionsträger innerhalb der CDA gesetzt.“

Ekkehard Gauglitz, Vorsitzender des CDA-Bezirksverbandes Koblenz-Montabaur, ergänzte: „Mit Sabrina Koll steht die zweite Frau an der Spitze eines CDA-Verbandes und sie ist gleichzeitig ein von vier jungen Vorsitzenden eines Kreis- oder Regionalverbandes der CDA im Bezirk Koblenz-Montabaur. Ich habe die Hoffnung, dass sich diese Entwicklung in der Zukunft weiter fortsetzt und junge sozialpolitisch interessierte und aktive CDU-Mitglieder bereit sind, Verantwortung im sozialen Bereich der CDU zu übernehmen.“

Als neue Vorsitzende der CDA im Kreis Ahrweiler will Sabrina Koll nicht nur die Menschen für die so wichtigen Themen wie Wirtschaft und Arbeit begeistern, sondern vor allem die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeiternehmer – wie z.B. betriebliche Weiterbildung, Gesundheitsprävention, Leistungen für Kinder und Familie, Rente und Alterssicherung, Mindestlohn – in das Bewusstsein der politischen Verantwortlichen zurückbringen.

„Ich halte es für wichtig, diese Themen und die Sichtweisen der CDA in die Arbeit der CDU einzubringen und die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dort zu vertreten. Auch möchte ich die Aufmerksamkeit der interessierten Bürger und CDU-Mitglieder durch eigene Aktionen und Themenschwerpunkte auf die CDA lenken“, so die neue CDA-Kreisvorsitzende Sabrina Koll. ■

CDA RHEINLAND-PFALZ

Wanderausstellung „In die Zukunft gedacht“

Auf Einladung der CDA besuchten Verantwortliche der CDU im Kreis Altenkirchen die Wanderausstellung „In die Zukunft gedacht – Bilder und Dokumente zur Deutschen Sozialgeschichte“ im Flammersfelder Rathaus. Bürgermeister Josef Zolk führte durch die Ausstellung.

Diese Ausstellung dokumentiert den mühsamen Weg von den Anfängen der ersten Sozialgesetze bis zum heutigen Sozialstaat mit eindrucksvollen Bildern und Dokumenten. Lebendige Figurengruppen des Bildhauers Josef Lang illustrieren bedrückende Lebens- und Arbeitssituationen vor allem im 19. Jahrhundert. Die Ausstellung zeigt, dass die Entwicklung hin zum Sozialstaat nicht von heute auf morgen entstanden, ist sondern sich als Ergebnis einer langen, häufig umkämpften Entwicklung darstellt. Das Elend der Menschen bei Krankheit, fehlender Arbeitsschutz und fehlende Absicherung im Alter, entwürdigende Wohnverhältnisse und die Entwurzelung ganzer Generationen in einer sich stark verändernden Welt demonstrieren die Notwendigkeit staatlichen Handelns in der Vergangenheit. Die Ausstellung zeigt aber auch deutlich die Fortschritte im Sozialbereich und beschreibt unser leistungsfähiges Sicherungssystem für viele Bereiche des Lebens. Die Besucherinnen und Besucher waren beeindruckt von der Ausstellung, die vorzüglich die Entwicklung zum heutigen Sozialsystem zeigt. ■

CDA KOBLENZ-MONTABAUR

Besuch bei der Stiftung kreuznacher diakonie in Bad Kreuznach

Mitglieder der CDA Bad Kreuznach besuchen die Stiftung kreuznacher diakonie

Im Rahmen ihrer Informationsbesuche der regionalen Betriebe- und Unternehmen informierten sich die Mitglieder der CDA und des EAKs der CDU im Kreisverband Bad Kreuznach über die Stiftung kreuznacher diakonie und ihrer Einrichtungen. Themen waren die Auswirkungen der Gesundheitsreform, der Wegfall des Zivildienstes sowie die Beschäftigungspolitik bei der „Stiftung kreuznacher diakonie“.

Bei den rd. 5.000 Beschäftigten wird es keine Auslagerung in eigens gegründete Zeitarbeitsfirmen geben, so wie dies bei den Wohlfahrtsverbänden immer wieder geschieht. Die Stiftung setzt hier im Gegensatz besonders auf die Qualifizierung in ihrem eigenen Bildungszentrum. Erfreuen sich die Ausbildungen im Gesundheits- und Krankenpflegebereich großer Beliebtheit, so ist dies im Bereich der Altenpflege problematischer. Hier fehle leider auch die öffentliche Anerkennung der Pflegeberufe. Aus den Reihen der Zivildienstleistenden konnten in den vergangenen Jahrzehnten auch immer wieder zukünftige Kranken- und Altenpfleger oder Erzieher gewonnen werden. Da durch die Aussetzung der Wehrpflicht und des damit verbundene Wegfalles des Zivildienstes diese Möglichkeiten entfallen, hofft man auch bei der „Stiftung kreuznacher diakonie“ auf die Bereitschaft, im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres junge Menschen für die Berufe am Menschen gewinnen zu können.

Die CDA ist hier ganz an der Seite der „Stiftung kreuznacher diakonie“. Wir müssen für optimale Rahmenbedingungen sorgen, durch besondere Anerkennung der Arbeit unserer Erzieher/innen in den Kindergärten und Behinderteneinrichtungen, unserer Altenpfleger/innen und Krankenpfleger/innen, auch in der Frage der Entlohnung und des gesicherten Arbeitsplatzes. Nur bei einer nachhaltigen Beschäftigungspolitik, die einen angemessenen Lohn und damit auch die entsprechenden Sozialabgaben ermöglichen, lässt sich ein Gesundheits-, Pflege- und Rentensystem finanzieren. Der Arbeitnehmer soll auch in Zukunft von der Rente leben können, ohne dass er beim Sozialamt vorstellig werden muss. Wenn hier nicht umgesteuert wird, verschieben wir die Probleme in die Zukunft. ■

CDA BERLIN

Besuch im Jobcenter

v.l.n.r.: Prof. Dr. Niels Korte, Joachim Specht, Dr. Ralf Brauksiepe MdB, Jörn Silhavy

Der Kreisvorsitzende der CDA Berlin Treptow-Köpenick, Joachim Specht, konnte am 26. Januar den Parl. Staatsekretär und stellv. CDA-Bundesvorsitzenden Dr. Ralf Brauksiepe in seinem Stadtbezirk begrüßen. Als Erstes besuchten sie in Begleitung des CDA-Kollegen Prof. Niels Korte, der in Köpenick als Direktkandidat für das Abgeordnetenhaus antritt, das Jobcenter des Stadtbezirks. Dort begrüßte sie der Geschäftsführer Jörn Silhavy zu einer Besichtigung des Hauses, in deren Verlauf sich der Kollege Brauksiepe in Gesprächen mit den Mitarbeitern über Probleme und Erfolge ihrer Arbeit informierte.

Am anschließenden Gespräch mit der Leitung des Jobcenters nahmen Vertreter der Arbeitsagentur und die Stadträtin für Soziales, Ines Feierabend, sowie Arbeitsmarktexperten aus den Niederlanden und der USA teil. Dabei ging es vor allem um die Erfolge bei der Integration der Kunden in den Arbeitsmarkt, die in Treptow-Köpenick bei über 24 % liegt, sowie um die Probleme bei der Umsetzung der SGB II Reform.

Das zweite Ziel war der größte Arbeitgeber im Stadtbezirk, die Berlin-Chemie AG. Im Gespräch mit dem Leiter des Personalwesens Dr. Rheinbay und dem Betriebsrat informierten sich die CDA-Kollegen über die Geschichte des Unternehmens, über aktuelle Probleme des Betriebes im Bezirk und auf dem internationalen Pharma-Markt. ■

CDA SIEGEN-WITTGENSTEIN

Jugend braucht Zukunft

Auf der CDA Kreistagung konnte der CDA-Kreisvorsitzende Hartmut Steuber zahlreiche Mitglieder im Forum der CDU begrüßen. Die Kreistagung fand unter dem Motto „Jugend braucht Zukunft – Zukunft braucht Ausbildung – Ausbildung braucht Bildung“ statt. Als Referenten konnte Steuber keinen geringeren als den CDU Generalsekretär von NRW, Oliver Wittke begrüßen. In Bezug auf das Motto sagte Steuber: „Bildung ist ein lebenslanger Stoff für die Menschen.“ In vielen Betrieben mangele es an Fachkräften. Der CDA-Kreisverband sei jedoch dagegen, diese Lücke mit Experten aus dem Ausland zu schließen. Es kann nicht zugelassen werden, dass Menschen in Arbeitslosigkeit seien, nur weil ihre Talente nicht genutzt würden. Um einem Fachkräftemangel vorzubeugen, sei Ausbildung die wichtigste Investition der Unternehmen, Qualifizierung trage ebenso dazu bei. Bei den anschließenden Neuwahlen zum CDA-Kreisvorstand wurde Hartmut Steuber erneut zum CDA-Kreisvorsitzenden gewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden Oliver Backhaus, Edwin Heide und Jörn Hoffmann gewählt. Komplettiert wird der Vorstand durch die Beisitzer Klaus Dieter Bohn, Hans Georg Braach, Gerhard Bruch, Helmut Buschow, Dirk Gogarn, Reinhold Juckenack, Petra Schäfer und Jens Schmitt. ■

Namen und Nachrichten

+++ In Sachsen-Anhalt besteht nun der erste Kreisverband der Jungen CDA mit **Raik Müller** als Schriftführer, **Mandy Bruchmüller** als stell. Kreisvorsitzende und **Ralf John** als Kreisvorsitzender.+++

+++ Der Kollege **Bernd Nückel** wurde einstimmig wieder zum Kreisvorsitzenden der CDA Hochsauerland gewählt. Neuer Stellvertreter ist **Christian Erb**. +++

+++ **Andre Arenz** ist einstimmig wieder zum Vorsitzenden der CDA Kreis Olpe gewählt worden +++

+++ **Margarete Rehm** aus Lüdenscheid ist einstimmig wieder zur Vorsitzenden der CDA im märkischen Kreis gewählt worden. +++

+++ Auf der Gründungsversammlung der Jungen CDA Münster wählten die anwesenden Mitglieder **Philipp Bembenek** zum Kreisvorsitzenden. Ihm zur Seite steht **Michael Bußmann** als stellv. Kreisvorsitzender. Das Amt des Geschäftsführers bekleidet **Paul Daniel Heiming**. Als Beisitzer gehören **Michael Jahn**, **Gero Lueg**, **Roland Müller**, **Tino Stöveken** und **Simeon Vens-Cappell** dem neuen Kreisvorstand an. Der stellv. Bundesvorsitzender der Jungen CDA, **Sönke Siegmann**, wünschte zum Neustart alles Gute, ebenso wie der Landesvorsitzende der JCDA-Niedersachsen, **Marvin Bugenhagen**. +++

CDA trauert um Hildburg Holländer

Mit großer Betroffenheit und Trauer hat die CDA in Köln und im Bezirk Mittelrhein die Nachricht vom Tod Hildburg Holländers aufgenommen. Sie verstarb am 13.1.2011 nach schwerer Krankheit.

In der CDA war Hildburg Holländer über 10 Jahre Bezirksvorsitzende der AG Frauen in der CDA, gehörte dem Landesvorstand der CDA-NRW, dem Bezirksvorstand der CDA-Mittelrhein und dem Kreisvorstand der CDA-Köln an.

Seit dem Beginn ihrer politischen Tätigkeit in den 70er-Jahren setzte sich Hildburg Holländer kontinuierlich für die Belange von Frauen ein. Die Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Erhöhung des Kindergeldes und die Einführung der Elternzeit machte die Mutter von zwei Töchtern nicht nur zu Schwerpunkten ihres politischen Handelns, sondern zu einer Herzensangelegenheit. Hildburg Holländer gehörte über 10 Jahre der Bezirksvertretung Chorweiler und seit 1999 bis zu ihrem Tod dem Rat der Stadt Köln an und arbeitete über viele Jahre in diversen Ausschüssen mit.

Die Christlich-Demokratische-Arbeitnehmerschaft trauert mit den Angehörigen um eine Frau, die sich als Christlich-Soziale mit Leib und Seele für die Menschen engagierte.

Wir werden Hildburg Holländer stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Horst Viernickel verstorben

Die CDA Thüringen trauert um Horst Viernickel, der am 24. Dezember 2010 im Alter von 63 verstorben ist.

Horst Viernickel wurde am 9. Mai 1947 geboren. Seit 1996 engagierte er sich aktiv in der CDA Thüringen und im Kreisverband Erfurt. Er war von 1999-2001 Kreisvorsitzender in Erfurt und bis 2006 stellvertretender Kreisvorsitzender. Dem CDA-Landesvorstand gehörte er von 2001-2005 an. Neben diesen Funktionen engagierte er sich in zahlreichen weiteren Ehrenämtern. Sein politisches Engagement war bestimmt von christlich-sozialer Verantwortung. Uneigennützig und pflichtbewusst hat er sich für das Gemeinwohl eingebracht.

Wir nehmen in Dankbarkeit Abschied von einem guten Freund, der sich besonders für die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt hat. Wir verlieren mit ihm einen kompetenten Mitstreiter, vor allem aber einen liebenswürdigen Menschen. Wir werden ihm in unserer Mitte ein ehrendes Andenken bewahren. Wir trauern mit seiner Familie.

Der persönliche Fragebogen der Sozialen Ordnung

Heute: Josef Hamburger

Josef Hamburger
geb.26.6.1963 in Ulm, verheiratet und hat 2 Kinder

Beruf: Maler und Lackierer

Politisch: CDA-Kreisvorsitzender seit 2000,Landesehrenmitglied der Jungen Union Baden-Württemberg

1. Wieso bist Du in der CDA?
Zunächst mal hat mich der frühere Bundestagsabgeordnete Franz Romer überzeugt, in die CDA einzutreten, und zum Zweiten, dass sich Politik am christlichen Menschenbild orientieren muss.

2. Worüber worauf freust Du Dich?
Ich freue mich immer über die gemeinsame Zeit mit meiner Frau und den beiden Söhnen.

3. Was gibt Dir Kraft?
Meine Familie und Freunde.

4. Wovor hast Du Angst?
Dass die Schere zwischen Arm und Reich immer unaufhaltsam größer wird, unheilbare Krankheiten.

5. Was heißt Arbeit für dich?
Sicheres Einkommen, Familienabsicherung.

6.Was würdest du nie tun?
Sich Vorteile verschaffen auf Kosten anderer Menschen und Freunde.

7. Dein Buchtipp?
Leben oder gelebt werden von Walter Kohl.

8.Welche Website empfiehlst du zum Reinklicken?
Deutschland-Portal und Focus.de.

9.Welche Musik hörst du am liebsten?
Status Quo, AC/DC und Axel Rudi Pell.

10.Dein Leibgericht?
Gefüllte Paprika.

11. Mit welchem Promi möchtest Du Dich gerne mal in Ruhe unterhalten?
Mit Papst Benedikt XVI.

12. Und mit wem würdest Du gerne mal einen Tag tauschen?
Mit Angela Merkel.

13.Wo möchtest Du - außer in Deiner Heimat-gerne leben?
An einen sonnigen Ort am Mittelmeer.

14.Welche Vorbilder hast Du in der Geschichte und in der Gegenwart?
Mutter Teresa und Helmut Kohl.

15. Was ist Dein größter Politischer Erfolg?
Mitglieder zu werben und Menschen für die CDU und die CDA zu begeistern.

16. Die größte Ungerechtigkeit: Was ist nicht sozial? Was ist nicht in Ordnung?
Unsozial ist die Ausbeutung von Leiharbeitern. Auch die Rente mit 67 ist nicht in Ordnung, weil viele Berufsgruppen – ob in der Industrie, im Bau oder in der Schichtarbeit – nicht bis 67 durchhalten. Hier ist Nachbesserung erforderlich.

17.Du darfst allein über die Verwendung von 1 Milliarde Euro aus dem Bundeshaushalt entscheiden. Wofür gibst du das Geld aus?
Familien und Bildung.

18. Dein Lebensmotto:
Lebe jeden Tag, als wäre es dein letzter und genieße all die Liebe, die man dir entgegenbringt und gebe diese auch zurück. Lache jeden Tag, denn ohne Lächeln ist es ein verlorener Tag! ■

Einmischen. Einfluss nehmen.

Eintreten!

Jedes Mitglied wirbt ein neues Mitglied!

Aufnahmeantrag
der Christlich-Demokratischen
Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA)
Postfach 04 01 49 • 10061 Berlin

Ich beantrage die Aufnahme in die CDA:

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____ Haus-Nr.: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Geb.-Datum: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

Mobil: _____

E-Mail: _____

Betrieb / Verwaltung / Ausbildungsstätte:

_____

_____

CDU-Mitglied: ☐ ja ☐ nein

Als Aufnahmespende zahle ich _____ €

_____ , den _____

_____
Unterschrift

Bankeinzugsermächtigung:

Wir bitten Sie, die Bankeinzugsermächtigung auszufüllen. Hiermit erkläre ich mich bis auf Widerruf damit einverstanden, dass die CDA-Hauptgeschäftsstelle den von mir zu zahlenden

Monatsbeitrag in Höhe von: _____ €

in Worten: _____ €

☐ einmal jährlich ☐ zweimal jährlich

von meinem Konto: _____

Nr.: _____

BLZ: _____

bei der: _____
(Geldinstitut, Ort) abbucht.

_____ , den _____

_____
Unterschrift (für Kreditinstitut)

Unsere monatlichen Beiträge:

- Familienbeitrag für Ehepartner und Kinder: 5,10 €
- Nichtmitglieder der CDU: 4,60 €
- CDU-Mitglieder: 4,10 €
- Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben: 2,60 €
- Auszubildende, Schüler/innen, Studenten/innen, Wehr- und Zivildienstleistende, Arbeitslose und bei besonderen sozialen Härten auf Antrag: 1,10 €

Zuwendungen (Mitgliedsbeiträge und Spenden) an politische Parteien sind steuerlich als Sonderausgaben absetzbar (§ 10 b EStG).